

Die „Volksmacht“
erschint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 1/4,
und durch Subskription zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Bande 10.00.
Durch die Post bezogen 2.50.
Preis des Bandes 10.00.
Im Einzelnen 2.50.
Im Einzelnen 2.50.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Anfertigungsbüro
besteht für die einseitigen
Kolportage- oder bes. Raum
25 Pfennige,
für zweifache, dreifache und
vierteljährliche Anfertigung
15 Pfennige.
Kundenzahl 25 000.
Literatur für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 6 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 188.

Donnerstag, den 13. August 1908.

19. Jahrgang.

Kontraste der Lebenshaltung.

Wenn es auf dem Mond oder Mars vernünftige Wesen gibt und ein solches käme eines Tages auf unseren Erdbplaneten und bemerkte die schroffen Kontraste in der Lebenshaltung verschiedener Klassen, so müßte dieser Fremdling unabweislich denken: die da in den Vorderhäusern, in den Palästen und Villen, das sind die Leute, die es durch Fleiß und Tüchtigkeit zu etwas gebracht haben, reich geworden sind und nun die Früchte ihrer eifriger Arbeit genießen. Jene aber in den Hinterhäusern, den Mansarden- und Kellerwohnungen, in den engen, ungesunden, ungesunden Quartieren, das sind die Faulenzer, die leichtsinnigen Müßiggänger, die Arbeitsscheuen, die sich nicht plagern und Heber sein wollen und genügen wollen; darum ist Mangel und Entbehrung und Not, ein kümmerliches Dasein ihr wohlverdientes Los, ihr selbstverschuldetes Geschick.

Wie würde dieser Mond- oder Mars-Mensch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn er den wirklichen Sachverhalt kennen lernte, wenn er erführe, daß diejenigen, deren Leben in laurer, schwerer, mühseliger, anhaltender Tätigkeit fast aufgeht, nichts weiter davon haben, als daß sie notdürftig, unter Kummer und Sorgen, dieses freudlose Leben fristen können, bis ein frühzeitiger Tod ihm ein Ende macht — daß dagegen jene Leppigen, in Genüssen Schwelgenden, von allem Komfort und Luxus Umgebenen, bestenfalls äußerst wenig und leichte Tätigkeit und vielfach nicht einmal nützliche, verrichten, und gerade die lebenslänglichen Faulenzer und Müßiggänger, die Privatters, Rentiers, Laabdieler, lahrs jahrein ein Schlaraffenleben führen. Wenn er die Wahrnehmung machte, daß alles, womit jene in Güte und Güte, in Saug und Braug Lebenden ihr Dasein ausstatten, verannehmlichen und verschönen, alles, woran sie sich ergötzen und ergötzen, eben von den anderen im Schweiß ihres Angesichts erzeugt, geschaffen wurde, die aber selbst zum Darben verdammt sind; daß diese säen und jene ernten, daß heißt nicht die Arbeit der Ernte verrichten, sondern bloß deren Ertrag für sich selbst verwenden.

Arbeitslos!	Arbeitslos!
Welch ein wunderliches Los! Braten, Kochen und Konfekt, Kaffern, Importierte, Sekt, Goldschmuck, funkelnde Brillanten, Blauwusch, Hohl, Bäckler Kantens, Bräutigam, Fellestage, Diensthaft und Equitage, Nachten, Jagden, Schlittenfahrten, Kavalladen und Gärten, Tanzel-Tanzel, Soireen, Tanz-Maitressen wie die Feen, Leicht befriedigen alle Launen, Schlafen süß auf Eiderbaunen, Norgens neu geküßt sich spüren, Wieder sich zu amüsieren. Sommers, Winters, Tag u. Nacht! Wohlführend das Leben laßt. Hei, wie lebt es sich famos!	Welch ein fürchterliches Los! Dunger wühlt in den Gedärmen, Reine Rohheit, sich zu wärmen, Nahrung dürrig und zerklüftet, Schuhwerk brüchig und zerissen, Obdachlos, kaum ein Kammer, Tag und Nacht nur Elend, Jammer. Garter Strohsack nur zum Lager, Häber sich und Knochenbagger. Selbst der Schlaf den Trost ver- läßt, Weil der Wurm der Sorge naht Um die Kinder, um die Frau. Nicht ein Streifen Himmelblau Schwarz die Zukunft, hoffnungs- los!

Verkehrte Welt! Ein wahres Tollhaus! würde ein solcher Erdengast urteilen und gewiß schleunigst wieder Meisheim nehmen von einem Planeten mit so verrückten Zuständen.

Arbeitslos! Der Schrecken des Proletariats ist das Ideal der Bürgerlichen, der paradiesische Zustand ihrer Sehnsucht.

In der kapitalistischen Presse wird viel Aufhebens davon gemacht, daß die Klassenlage der Arbeiter sich im allgemeinen im Laufe der letzten Jahrzehnte etwas gebessert habe. „Breslauer Zeitung“ und „Schlesische Zeitung“ berichten einstimmig, daß die Arbeiter im Grunde genommen viel unzufriedener sind, als Landräte und Regierungspräsidenten, die lange nicht so viel „Lohnherdhungen“ als die Arbeiter durchgesetzt haben. Damit soll zugleich die Theorie der Verelendung als falsch gekennzeichnet werden. Allein diese Theorie hat nie verkannt, daß die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung schon in der Gegenwart eine relative Besserung der Arbeiterverhältnisse erkämpfen kann. Wozu denn sonst agitierten wir so energisch für Sozialpolitik und Arbeiterschutz! Der Sinn jener Theorie ist: die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung würde zu wachsender Verelendung führen, wenn nicht die Arbeiter-Organisationen dieser Tendenz mit mehr oder weniger Erfolg entgegen wirkten. Unbestreitbar aber ist, daß der Gegensatz zwischen beiden Klassen in Bezug auf Besitz und Lebenshaltung sich mehr und mehr vertieft und verbreitert hat, daß die geringfügige Hebung der proletarischen Lebenshaltung in schreckendem Mißverhältnis steht zu der intensiven Ausdehnung des Komforts und Luxus in den bestehenden Klassen, zumal in den oberen Zehntausend und den obersten Vierhundert.

Wir sind keine Gegner des — mit Demut und Eerscham verträglichem — Luxus, wie gewisse Moralisten und Sozialpolitiker, die gegen denselben wettern, weil sie das Symptom mit der Ursache verwechseln. Jede Steigerung des Komforts bekundet einen Fortschritt der menschlichen Macht in der Verschönerung des Daseins. Von der wirtschaftlichen Bedeutung der Luxusindustrie ganz abgesehen. Sind aber das normale, menschenwürdige Zustände, wenn eine Minderheit, die wenig oder gar nicht arbeitet, in maßlos ausschweifenden Freuden prassen kann und die hart arbeitenden Massen an dem Ertrage alles dessen, was sie selbst produzieren, nur so wenig erhalten, daß es bestenfalls knapp zum Leben reicht? Ist nicht eine solche Gesellschaftsordnung im höchsten Grade verurteilbar, unfürsorglich, zum Abbruch reif!

Der moderne Luxus hat freilich auch eine stark antisoziale Wirkung. Kolossale, kräftigmäßige Reichthümer hat es auch in früheren Zeiten gegeben. Aber der Luxus konnte nicht entfernt solche Dimensionen annehmen, wie in der Gegenwart, weil der Verbrauch keine Grenzen hatte. Die Ueberreichen mußten schon auf wohnbedürftige Extrabagagen verfallen, wie römische Häusern und Zirkule, um ihre aufgehäuften materiellen Mittel für sich und ihre Günstlinge zu verwenden. Hingegen haben moderne Technik und Verkehrsmittel jene Verbrauchsgrenzen ins schier Endlose erweitert. Die heutigen Kräfte kommen in keine

Verlegenheit, wie sie ihre Ueberflüsse zu immer höherer Ausgestaltung ihres persönlichen Daseins verwerten. Das wirkt denn wiederum anreizend auf die gesamte arbeitende Klasse, steigert noch beträchtlich deren kapitalistischen Wohnwünschen Geldhunger, steigert die Anstrengung gegen die Lohnarbeiter bis zu der widerlichsten Fierigkeit und Schmutzerei. Den Arbeitern wird was immer möglich abgezwickelt, unbekümmert um ihre überaus dürftige Lebenshaltung, damit in die Unternehmerrassen möglichst hohe Profite fließen, welche großartige Aufwendungen zu Vergnügungen und Prachtentfaltung ermöglichen, worin der Kleinkapitalist es dem Großen, der Große dem Größeren gleich tun möchte.

Eben die Fortschritte der Produktionstechnik haben aber die Lebenshaltung der Massen auch insofern heruntergedrückt, als Surrogate und Fälschungen, besonders im Nahrungsmittelwesen, immer mehr das Solide, Echte verdrängt und die Qualität verschlechtert haben. Wir stehen im Zeichen der *Margarine*, die typisch ist für die Zweiteilung auf dem gesamten Gebiet der Genusmittel; das Echte, Vorzügliche, Kuserelesene auf die Tafeln der Wohlhabenden — das an Nährwert wie an Wohlgeschmack mindertwertige Surrogat, häufig genug das Verfallsche und nicht selten Schädliche, Giftige, für die Massen. Es lag ein Körnchen Verstand in der Dummheit eines Winkelblattes, das vor Jahrzehnten gegen die verdammte Chemie loszog, welche schuld sei, daß alles Mögliche verpanischt und vermanischt wird.

Aber auch hier ist der eigentliche Missetäter die Klassenstaatliche Plasmacheret, mit ihrem großen Gefolge von Schwindel und Betrug. Und die Arbeiter respektive Arbeiterfrauen müssen den Schund oft teuer genug bezahlen, und da sie nicht immer bar bezahlen können, sind sie oft gar nicht in der Lage, das Zeug zurückzuweisen, das ihnen für ihren lauren Verdienst aufgeschängt wird, auch wenn sie sich darüber austennen, was ohnehin selten ist. Das arbeitende Volk, als Produzent ausgebeutet, wird es auch als Konsument, durch unverhältnismäßig hohe Preise und geringwertige Waren, und daneben mit Zölle, indirekten Steuern und Oktrot.

Und nun gar die hohen Mietpreise in den Städten und Industriezentren, die eine unverhältnismäßig hohe Quote des Jahresverdienstes verschlingen; der Mietwucher, weit schlimmer oft als der Geldwucher, den das Gesetz bestraft, während der Mietwucher freien Paß hat! Das zwingt die Arbeiter, sogar in ihren engen und dürftigen Wohnräumen sich durch Mitternachten demachen einzuschränken, daß nicht allein keine Behaglichkeit auskommen kann, sondern auch dem hygienischen Luft- und Lichtbedürfnis nicht genügt wird.

Ein humaner Spruch aus dem Altertum lautet: Es ziemt sich nicht, daß du Weizenbrot genießt und Deine Knechte Gerstebrot, daß du dich mit Seide und feinen Binnen kleidest und dein Gefinde mit Sackleinwand, daß du auf Flaumfedern schläfst und dein Dienstpersonal auf Stroh. Dieser Kontrast kommt heutzutage nicht bloß individuell vor, sondern ist typisch geworden für die beiden Gesellschaftsklassen! Ihn zu beseitigen, muß das Ziel des Sozialismus sein.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Magim Gorki
Anzahl autorisierte Uebersetzungen von Adolf G. S. B.

75] (Nachdruck verboten.)
„Bauern!“ sagte Njbin mit seiner vollen und kraftigen Stimme. „Glaubt diesen Papieren... ich nehme jetzt vielleicht den Tod dafür auf mich. Man hat mich geschlagen, geprügelt, wollten herausbekommen, wo ich sie herbezogen hatte, und wird mich noch mehr schlagen... Ich halte alles aus!... Weil in diesen Schriften die Wahrheit dargestellt ist; diese Wahrheit muß uns teuer sein als das liebe Brot... Jawohl!“
„Warum sagst er das?“ rief einer von den Bauern an der Treppe leise. Der blaue Augen antwortete langsam:
„Jetzt ist alles egal — einmal kann der Mensch nur sterben, und das bleibt ihm nicht erspart.“
Die Leute standen schweigend da, bläkten starr und finstere brenn; auf allen lag gleichsam etwas Unschätzbares, aber Schineres.
Auf der Treppe erschien der Wachmeister und brüllte, hin und her schwanzend, mit truntenen Stimme:
„Wer redet da?“
Er ließ plötzlich die Treppe hinunter, packte Njbin am Saar, zog seinen Kopf nach vorne, stieß ihn zurück und sagte:
„Das sagst Du, Du Hundsfott?“
Die Menge geriet in Bewegung und fing an zu murren. Die Mutter setzte in ohnmächtigem Kummer den Kopf. Und wieder erlöste Njbins Stimme:
„Da steht, Ihr lieben Leute...“
„Galt's Maul!“ Der Wachmeister schlug ihm ins Gesicht. Njbin schwannte und bewegte die Schulter.
„Geben einen gebunden und quellen ihn wie fe wollen...“
„Polizisten! Führt ihn hinaus! Geht auseinander, Leute!“
Der Wachmeister sprang wie ein Kettenhund vor einem Stück Fleisch vor Njbin hin und her, stieß ihm mit den Fäusten ins Gesicht, gegen die Brust, in den Bauch.
„Schlag ihn nicht!“ rief jemand aus der Menge.
„Warum schlägst Du ihn?“ griff eine andere Stimme ein.
„Komma!“ sagte der blaue Augen Bauer kopfschüttelnd. Beide gingen langsam ins Amt, die Mutter aber begleitete sie mit einem freundlichen Blick. Sie atmete erleichtert auf. Der Wachmeister ließ wieder schweigend die Treppe hinauf und brüllte von da, indem er die Faust schüttelte, wie rasend:

„Bringt ihn her!“ sagte ich...
„Ist nicht nötig!“ erlöste eine starke Stimme in der Menge. Die Mutter begriff, daß der Bauer mit den blauen Augen das sagte. „Lacht es nicht zu, Kinder! Bringen sie ihn dort hin, dann schlagen sie ihn zu Tode und sagen dann von uns, wir hätten ihn totgeschlagen... Lacht das nicht zu...“
„Bauern!“ erlöste Njbins Stimme. „Seht Ihr denn nicht, wie Euer Leben ist, begreift Ihr nicht, wie sie Euch ausplündern, Euch betrügen, Euer Blut trinken? Ihr haltet alles zusammen, Ihr seid die erste Macht auf Erden, ihre ganze Kraft und welche Rechte habt Ihr? Vor Hunger zu verrecken — das ist Euer einziges Recht!“
Die Bauern schrien plötzlich, indem sie sich gegenseitig unterdrückten.
„Der Mann hat recht!“
„Ruft den Kommissar! Wo ist der Kommissar?“
„Der Wachmeister ist hingekommen...“
„Wo hin? Der ist ja betrunken!“
„Ist nicht unsere Sache, die Obrigkeit zu holen.“
Der Mann wuchs beständig.
„Red' weiter! Wir lassen Dich nicht schlagen.“
„Was hast Du angerichtet, ah?“
„Bindet ihm die Hände los...“
„Ist nicht nötig, Brüder...“
„Losbinden... Was ist dabei?“
„Geht acht... Daß wir nicht Verbotenes tun!“
„Die Hände tun mir weh!“ sagte Njbin, alle Stimmen überhörend. „Ich laufe nicht fort, Bauern! Ich verstehe mich nicht vor meiner Wahrheit! Sie lebt in mir...“
Einige Leute traten gemessen nach verschiedenen Seiten von der Menge fort, unterdrückten sich halbblau und schüttelten die Köpfe; andere lachten. Aber es kamen immer mehr schlecht und häßig angeleidete, aufgeregte Menschen zusammengelaufen. Sie wogten wie dunkler Schaum am Njbin auf, der mitten unter ihnen wie eine Kapelle im Walde stand und in die Menge schrie:
„Ich danke Euch, brave Leute, danke Euch! Wir müssen uns selbst gegenseitig die Hände frei machen... ja! Wer hilft uns denn sonst?“
Er wickelte seinen Bart ab und erhob wieder die ganz mit Blut bedeckte Hand.
„Hier ist mein Blut... das fließt für die Wahrheit!“
Die Mutter stieg die Treppe herunter, aber von der ebenen Erde aus konnte sie nicht sehen, und so stieg sie wieder die Treppe hinauf.

In ihrer Brust war es heiß und eine unklare Freude zitterte in ihr.
„Bauern! Sucht die Schriften zu bekommen, lest sie, glaubt der Obrigkeit und dem Popen nicht, wenn sie Euch sagen, daß die Menschen, die uns die Wahrheit bringen, gottlose Aufwiegler sind. Die Wahrheit geht heimlich über die Erde, sie sucht sich ein Nest im Volke... Der Obrigkeit ist sie soviel wie Messer und Feuer. Euch aber ist sie ein guter Freund...“
Wieder erlöste in der Menge eine gute Stimme.
„Gut, Rechtgläubiger!“
„Ach, Bruder, Du gehst zugrunde...“
„Wer hat Dich angezeit?“
„Der Hohl!“ sagte einer von den Dorfpolizisten.
Zwei Bauern schimpften kräftig.
„Aufgepaßt, Kinder!“ erlöste ein warnender Ruf.
XLVI
Auf die Menge zu schritt der Polizeikommissar, ein großer, stämmiger Mann mit rundem Gesicht. Seine Miße war auf die Seite gehoben, die eine Schnurbarthaft aufwärts gewirbelt, die andere hing herab, und davon erfiel sein Gesicht Licht und durch ein stumpfes, totes Lächeln ersetzt. In der linken Hand trug er den Säbel, mit der rechten aber fuhr er weit durch die Luft. Man hörte seine schweren, festen Schritte. Die Menge wich vor ihm auseinander. Ein finsterner und bedrückter Zug erschien in den Gesichtern. Der Mann bestimnte, legte sich, als wenn er in die Erde tröbe. Die Mutter schaute, daß ihre Stirnhaut zitterte und ihre Augen heiß wurden. Sie wollte wieder in die Menge gehen, beugte sich aber vor und blieb unbeweglich in einer gespannten Stellung.
„Was ist das?“ fragte der Kommissar, blieb vor Njbin stehen und maß ihn mit den Augen. „Warum sind die Hände nicht gebunden?“
Seine Stimme war hoch und hell, aber farblos.
„Sie waren gebunden... das Volk hat sie losgebunden!“
„Sie waren ein Dorfpolizist.“
„Was? Das Volk? Welches?“
Er blühte auf die im Halbkreis vor ihm stehenden Menschen. Und mit derselben eindringlichen Stimme fuhr er fort:
„Wer ist das — das Volk?“
Er stieß den blaue Augen Bauer mit dem Degengriff gegen die Brust.
„Ist Du das Volk, Lachmann? Du, wer noch? Du etwa, Njbin?“
Und er zausste jemanden mit der rechten Hand am Bart.
(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Ein neues Fürstenhaus ist dem mecklenburgischen Volk die dortige „angeblamte“ Herrscherfamilie. Dieser war in staatsrechtlich-finanzieller Beziehung ein solcher Sublimmubel vorhanden, daß kein einziger Mensch etwas Genaues bezüglich der Finanzen wußte. Durch die Verfassungsvorlage der Regierung kommt jetzt ein blühendes Licht in jene Verhältnisse. Das Volk erfährt nun doch wenigstens, in welchem Umfang das obolitische Nationalvermögen von dem Fürstenhause aufgebraucht wird bzw. werden soll.

Die — bekanntlich noch nicht verabschiedete — Reglementsvorlage für Mecklenburg-Schwerin verlangt, daß für den Großherzog eine Privatliste von 2 Millionen Mark festgesetzt werde. Außerdem sollen aber von den Steuerzahlern noch 820.000 Mk. als Apanage usw. für die Mitglieder des Fürstenhauses getragen werden. Es entfallen demnach auf den Kopf der mecklenburgischen Bevölkerung 4,50 Mk. als Abgabe für jene Zwecke.

Die Amerikaner (Vereinigte Staaten) zahlen für ihren Präsidenten pro Kopf 0,22 Pf., also noch nicht den vierten Teil eines Pfennigs!

Nun ist es noch besonders interessant zu sehen, wie sich die Apanagen in Mecklenburg verteilen.

Da ist zunächst die Ehegattin des Großherzogs: es erhält diese Großherzogin Marie 186.000 Mk.
Folgt die Mutter des Großherzogs, Großherzogin Anhaltin, sie bekommt 151.000 Mk.
Der wegen Verchwandung entmündigte Herzog Paul Friedrich erhält 99.000 Mk. (Davon sind 39.000 Mk. „Zuschuß“, dieser soll später einmal fortfallen.)
Herzog Johann Albrecht, der als Regent von Braunschweig eine Privatliste von 1.126.000 Mk. bezieht (Davon sind 8000 Mk. Zuschuß zum Dienstvermögen des Herzog. Kammerherren; dieser Zuschuß soll später einmal fortfallen.)
Herzog Adolf Friedrich, der als Kaiserinwitwe, erhält 60.000 Mk.
Herzog Heinrich, der Mann der Königin von Holland, die selbst eine Privatliste von 2.100.000 Mark hat, bekommt 40.000 Mk.
Herzog Heinrich, wie sein Vater (siehe oben) wegen Verchwandung entmündigt, erhält 30.000 Mk.
Herzogin Marie Antoinette, die Schwester des Vorgenannten, bekommt 16.000 Mk.

Alle diese Summen sollen wohlgemeint neben der Privatliste an den Großherzog (2 Millionen) gezahlt werden. Und trotz dieser ganz bedeutenden Einnahmen ist für alle diese Herrschaften völlige Steuerfreiheit vorgesehen.

Dem Volke soll das Vorrecht, Steuern zahlen zu dürfen, nicht geschmälert werden!

Ein Aufrechter. In einer Polemik mit dem „Vorwärts“ schrieb kürzlich Professor Katorp in der „Frankfurter Zeitung“: „Will man mein politisches Glaubensbekenntnis? Es ist einfach: Ich bin Sozialist und Demokrat.“

Zu diesem Bekenntnis Katorps zum Sozialismus und zur Demokratie wird dem „Vorwärts“ geschrieben: „Auf jeden Fall haben wir hier zum ersten Male einen preussischen Universitätsgelehrten vor uns, der sich rundweg zu einer sozialistischen Weltanschauung bekennt. Und daß er das gerade jetzt tut, in Zeiten, da schon ein objektiver Kritiker der Sozialdemokratie, wie Dr. Schilling, des Verbrechens, Sozialist zu sein, beschuldigt und angeklagt wird — stellt aufs neue seinem Worte ein schönes Zeugnis aus. Seine Ideologie ist wirklich aufrecht.“

Die aufrechte Ideologie Katorps ist aber auch ein beschämendes Zeichen für manche von seinen Kollegen. Es ist notorisch, daß von unseren heutigen Akademikern nicht wenige gleich Katorp angefaßt sind vom Monarchismus, daß sie ihre politischen und gesellschaftlichen Ideale in einem Zustande sehen, der mit bürgerlichen Idealen gar nichts mehr gemein hat. Noch einmal: wir verlangen nichts Unmenschliches. Wir verlangen nicht, daß sie Parteimitglieder werden. Aber sie sollen wenigstens ihre Ideologie bekennen, sollen aufrechte und keine verstellten Ideologen sein, sollen durch ihr Bekenntnis mithelfen, die elementarsten Staatsbürgerrechte zu erkämpfen. Bis jetzt aber steht Katorp allein.“

Wir kennen andere, die, wenn sie gleich aufracht stehen wollten, eine größere Achtung bei den Männern der Nation genießen würden, als jetzt, wo sie sich in eifrigem Schwaboganz überbieten.

Das Organ für politische Gemeinheiten, die „Post“, beanntet natürlich in einem Artikel den Professor Doktor Katorp, der „vor der Öffentlichkeit laut seine Parteistellung als Sozialist und Demokrat und zwar in einem solchen Zusammenhang gekennzeichnet hat, daß jedermann in ihm un schwer einen modernen Sozialdemokraten erkennen muß!“

Natürlich ist der Schluß, den das edle Demagogen-geschlecht aus dieser Prämissen zieht, daß Katorp sofort von seinem Lehrstuhl zu entfernen ist. Solche Persönlichkeiten erzeugen, in der heranwachsenden, bereits zur Führung des Volkes berufenen akademischen Jugend eine unheilvolle Verwirrung der Geister und bilden verzerre Charaktere.“

Wenn jedermann mit gerader, anständiger Denkart, ist ein „verzerrter Charakter“ bei den Postleuten ist, dann erklärt sich die ganze Haltung der Kapitalistenrechte in dieser Zeitung einfach und schnell.

Der böse sozialistische Einfluß. Vom Rhein wird geschrieben: Die Leitung des Volksvereins für das katholische Deutschland — der Verein hat heute 600.000 Mitglieder — ist im höchsten Grade modernistischer Rebereten verdächtig. Sie hat eine neue, für Lehrer, Geistliche usw. bestimmte neue sozialer Literatur herausgegeben, und hat die Fähigkeit gehabt, in dem Verzeichnis auch Werte nicht-katholischer, ja sogar sozialdemokratischer Schriftsteller aufzuführen. Darob nun großes Besorgnis zuerst in den christlich-politischen Blättern, dann in dem Arbeiter, dem Verbandsorgan der ost- und mitteldeutschen katholischen Arbeitervereine. Der Arbeiter läßt die Beschuldigung des Generaldirektors, Reichstagsabg. Dr. Pieper, nicht gelten, daß auf katholischer Seite nur wenig wissenschaftlich brauchbare Schriften sozialer

Art vorhanden seien; er führt vielmehr schroff, Gefäß auf, beschuldigt die Volksvereinsleitung der argen Führung jenes Personentzuges, für den das Verzeichnis bestimmt ist; er fragt die Leitung an, dem verhängnisvollen, von Karl Marx entlehnten Grundsatz von der Arbeitskraft als bloßer Ware Eingang in katholische Kreise verschafft zu haben, und schreibt schließlich wörtlich:

„Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß fast der gesamte Gegenstand der Münchener- und Berliner Richtung (Berlin ist Sitz des Redaktors), die von ersterer der sozialdemokratischen und atabolistischen Schriftstellern und Praktikern entlehnten Ideen und Begriffe zum Gegenstand hat.“

Einen ähnlichen Vorwurf hat sich bekanntlich dieser Tage auf der internationalen christlichen Gewerkschaftskonferenz in Zürich der Reichstagsabgeordnete Giesberts gefallen lassen müssen; irgend ein katholischer Theoretiker sagte ihm unerbötlich, daß seine wirtschaftlichen Anschauungen allzusehr von Dastalle beeinflusst seien. Zweifellos steht in solchen Vorwürfen viel Wahres; es steht vor allem auch die Wahrheit darin, daß sich kein Sozialpolitiker, sofern er ernsthaft arbeiten will, dem Vankreis der Sozialdemokratie entziehen kann. Die Volksvereinsleitung mit samt den christlichen Gewerkschaften müssen ihre Waffen dem sozialdemokratischen Arsenal entleihen; es wird sich zu guter Letzt zeigen, daß mit solchem Rüstzeug die katholischen Arbeiter auch die Konsequenzen zu ziehen lernen werden, indem sie sich der sozialdemokratischen Armee anschließen: Diese Gefahr steht denn auch die bekannte Erlangerische Landeszeitung bereits kommen. Dieses Organ des ultrareaktionären Bisthofs Korum fordert daher Klipp und klar, daß der Volksverein der direkten Aufsicht und strengen Kontrolle der Bischöfe unterstellt werde. Es geht nicht an, daß das Duhend Beamte an der Spitze Richtung und Ziele des Vereins bestimme; wozu sei denn die Autorität der Bischöfe da, wenn sie nicht in dieser großen Organisation der Katholiken maßgebend sein solle. Wahrscheinlich wird es auch demnächst in Düsseldorf auf dem Katholikentag in dieser Frage scharfe Klänge geben — selbstverständlich hinter verschlossenen Türen, da nach außen hin die beunruhigende Surreaktionierung der Masse durch nichts beeinträchtigt werden darf.

Zwei Militär-Urteile.

1. Der gemeine Soldat.

Wegen „Beharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung“ in zwei Fällen hatte sich vor dem Königsberger Kriegsgericht der Grenadier Paul Hoederau vom Grenadier-Regiment Nr. 3 zu verantworten. Als im Juli d. J. seine Kompanie zur Schießübung nach Rags ausrückte, trug der Angeklagte außer seinem vollen Gehalt und seinem Gewehr mit einem anderen Kameraden zusammen eine 30 bis 50 Pfund schwere, mit Patronen angefüllte Kiste. Als die beiden Soldaten wegen Ermüdung die Kiste wegschleppen, fiel eine Patronen aus der Kiste. Das Auffehen und Zurücklegen der Patronen veranlaßte das Juristkollektiv der beiden Leute von der voraufmarschierenden Mannschaft von circa zwanzig Minuten, die sie auf Befehl eines Regimentsweibes — im vau schritt einholen sollten. Diesem Befehl soll Hoederau nicht nachgegeben sein. Er erklärte vor Gericht, daß er zu laufen versucht, infolge Kälteschmerzen und Atembeschwerden es aber nicht vermocht habe. Außerdem habe ihn der Regimentsweibel wiederholt auf die Füsse getreten. Dieser meinte aber, daß sel nur versehenlich geschähe.

Dann soll Hoederau, als er zu seinem Hauptmann, dem er gemeldet worden war, kommen sollte, eine ostentativ nachlässige Gangart angenommen haben. Ein andermal soll er, als ihn der Sanitätsfeldweibel wegen instruktionswidrigen Verlassens der Stube für Reibterranke zur Rede stellte, gelacht haben. Das Kriegsgericht sagte besonders das Verhalten des Angeklagten dem Hauptmann gegenüber. Ein beratendes Gehören mußte zur Erhaltung der Disziplin streng geahndet werden. Beantragt wurden gegen den Angeklagten fünf Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht erkannte jedoch auf sechs Monate — im Interesse der heiligen Disziplin.

2. Der Feldweibel

Wegen Soldatenmißhandlung war der Feldweibel Bauer vom Winterbataillon Nr. 15 vor dem Kriegsgericht der 30. Division in Straßburg angeklagt. Es wurde durch Zeugenaussagen festgestellt, daß er drei Soldaten wegen kleiner Vergehen mit der Säbelschleife schmerzhaft geschlagen hat, einen von ihnen herab stieß auf die Wade, daß dieser auf der Stelle zusammenbrach und Krämpfe in das Bein bekam, so daß er von seinen Kameraden vom Plaze getragen werden mußte. Das Kriegsgericht beurteilte den Soldatenregier, nachdem sein Verteidiger, ein Winterhauptmann, seine Freisprechung beantragt hatte, aber nicht wegen Soldatenmißhandlung, sondern nur wegen vorläufiger Mißhandlung zu 3 Tage geladen Arret.

Einheitsorganisation Jugendlicher Deutschlands. Vorstern Nacht tagte im großen Saale der Arminhallen, in Berlin, eine öffentliche, äußerst zahlreich besuchte Versammlung, die sich mit der Organisation der Jugendlichen beschäftigte. Der Referent Latensien führte aus, daß die Jugendorganisationen Süddeutschlands, die sich infolge des Hamburger Beschlusses auflösten hätten, ihre alten Organisationen wieder erstehen lassen. Es herrsche nun bei den Jugendlichen das Bestreben, sich in eine einheitliche Organisation der Jugendlichen unter dem Beirat wackamer Sachverständiger zusammenzuschließen. Nach einer lebhaften Diskussion, in der alle Redner den Anschließern zustimmten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die selbständigen Jugendorganisationen als das wertvollste Mittel erachtet werden, die Jugendlichen durch Bildung und Schutz für die Arbeitervorbereitung vorzubereiten. Die Selbstverwaltung muß erhalten bleiben. Die Versammlung erwartete von der sozialdemokratischen Parteileitung, daß sie den bereits vorhandenen, bewährten und dem Vereinigtes angepaßten Jugendorganisationen keine Hindernisse mehr in seiner maßbringenden Tätigkeit bereite, sondern sie nach Möglichkeit fördern werde. An alle jugendlichen Arbeiter Deutschlands wird die Aufforderung gerichtet, sich zu einer einheitlichen Organisation auf dem Boden der bestehenden Jugendorganisation zusammenzuschließen.

Edward VII. und Wilhelm II. sind in Cronberg zusammengetroffen. Die bürgerliche Presse meldet darüber: Dassel und Ruffe beglückten sich in den allberochten Formen, umarmten, küßten sich und schüttelten sich die Hände. Man hatte diesmal auf die großen äußeren Beremonten verzichtet. Eine Ehrenkompanie war nicht beordert. Dime Formalkommando mußte im Auto zum Schloß Friedrichshof. Sein Truppenpalast wurde gebildet. Nur die Schloßkinder standen da mit malischen und deutschen Fürstinnen. Der Schloßpark wurde aus dem Bereich abgegrenzt. Die Monarchen verbrachten den ganzen Tag zusammen. Und dann wird noch mitteilt, wie das Verhältnis der beiden Staatsoberhäupter „unerbörlich herzlich“ gewesen ist und die ganze Bevölkerung sich darüber freut, daß die Monarchen so besonders gut ausgefallen waren.

Der Freisinn und die Elektrizitätssteuer. Die Berliner „Volkszeitung“ hat vor einer Nachricht der Zentralpresse Notiz genommen, wonach der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Weininger

der Vater der Elektrizitätssteuer sei. In Nr. 274 des genannten Blattes vom 11. August 1908 veröffentlicht der freisinnige Abgeordnete nunmehr eine Zuschrift, in der er erklärt, niemals mit dem Herrn Reichsminister oder einer anderen zuständigen Person über eine Elektrizitätssteuer gesprochen, geschweige denn eine solche angeregt zu haben. Er halte die Idee einer solchen für eine unglückliche und habe deshalb dahin gewinkt, daß der sozialdemokratische Antrag in der bayerischen Abgeordnetenkammer auch von der liberalen Fraktion angenommen wurde.

Etwas spezifisch befreit die „Volkszeitung“ diese Zuschrift mit der Bemerkung, daß sie die Forderung habe, Herr Müller-Weininger werde in allen Phasen der parlamentarischen Behandlung dieser Steuerfrage seinen Anschauungen getreu bleiben und dabei die gesamten übrigen Freisinnigen auf seiner Seite haben.

Nicht Einschränkung, sondern Erweiterung des Verfahrens gegen Bürgermeister Schilling. Der Hamburger Korrespondent der „Frankf. M.“ erzählt aus bester Quelle, daß das gegen Schilling wegen dessen journalistischer Tätigkeit eingeleitete Verfahren nunmehr auch ausgedehnt wurde auf die „Polemik“ und auf Ermittlungen des Verfassers des am 22. Juli im „Berliner Tageblatt“ unter der Ueberschrift: „Ein Racheakt der preussischen Bureaucratie“ erschienenen Artikels. Die Bureaucratie läßt ihr Opfer nicht los, mag der Sozialliberalismus noch so sehr sich aufbäumen.

Wiel viel oder wenig Silber. Aus Ransbach berichten die „Lingener Neuesten Nachrichten“ von eifrigem Schürfen nach Metallen: „Ende Februar dieses Jahres war man in den Silberminen bei Jung Traunau soweit, daß man die Metallader zu Gesicht bekam. Eine Prüfung ergab, daß diese zwar viel Blei, aber wenig Silber enthielten, daß ein Abbau die Betriebskosten nicht decken würde, und daß man ohne eine Verlängerung der zum Schürfen und versuchsweisen Abbau bewilligten Frist von einem Jahre kaum ein erträgliches Urteil sich bilden könne.“ Auch nach Gold wurde gesucht aber natürlich nichts gefunden.

Badische Steuerfragen. Das Parteipressbüro teilt mit: Die erste Kammer hat den Fortbestand der Fleischsteuer und die Erhöhung der Einkommensteuer um 10 Prozent beschlossen. Die Regierung stimmte diesen Beschlüssen zu. Die zweite Kammer wird sich dem anschließen, und so ist der Sturm im Glase Wasser beschworen.“ Inzwischen hat die zweite Kammer tatsächlich zugestimmt, aber die Abtötung unserer Fraktion wird jedoch noch nichts mitgeteilt.

Die Amtsblätter werden abgeschafft. Die badische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach welcher das System der Amtsblätter beseitigt wird; an Stelle jener Blätter soll ein unparteiisches amtliches Anzeigebblatt ohne Text und Privatannoncen treten. Die Verbreitung dieses Blattes wird folgendermaßen stattfinden: In jedem Bezirk wird ein Zeitungsverlag bestimmt, der verpflichtet ist, das amtliche Anzeigebblatt der von ihm herausgegebenen Zeitung in der ganzen Auflage beizulegen. Außerdem hat der betreffende Verlag die Verpflichtung, auf Wunsch jeder im Bezirk erscheinenden Zeitung, die das Anzeigebblatt beizulegen wünscht, dasselbe zum Selbstkostenpreise abzugeben. Die Sachkosten dürfen dabei jedoch nicht berechnet werden. Ferner ist ein Einzelabonnement zum Preise von 1 Mark pro Quartal vorgesehen.

Die Verordnung ist eine Konzeption an das Zentrum, das schon wiederholt Abschaffung der Amtsblätter in der Kammer beantragte, da in Baden alle Amtsblätter nationalliberal sind. Durch diese Verordnung rückt das Zentrum in diese Position, denn da es einer größeren Anzahl Kreise das stärksten gelebte Blatt den Kreis des neuen Amtsblattes ersetzt, kann dasselbe bis jetzt in zehn Fällen den Zentrumsblättern zu.

Kommunalwahl-Kuriosum. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Herbolz vor zwei Jahren wurden zur großen Enttäuschung unserer Gegner in der dritten Abteilung die drei sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Das gab der Behörde Veranlassung, vor dem nächsten Wahlen eine gründliche Säuberung der Wählerlisten vorzunehmen. Eine Unmasse Wähler wurden gestrichen, die seit einiger Zeit am Orte resp. in Preußen wohnen, und von denen die meisten erst jetzt gewahrt werden, daß sie keine Preußen sind. Sie konnten davon um so weniger Kenntnis haben, als sie bisher kein Unbescheid wählen konnten. Das Kuriose ist nun, daß sich unter den entwichenen Ausländern auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Birner befindet, der seit 1906 die Würde des Stadtverordneten bekleidet. Ihm ist vom Bürgermeister nahegelegt worden, sein Mandat niederzulegen, wozu derselbe indes kaum Lust haben dürfte. Eine Handhabe, ihm das Mandat abzunehmen, wird ebenfalls nicht vorhanden sein, da die Wahl in aller Form gültig ist. Der Entscheidung der Sache kann man mit Interesse entgegensehen.

Für unsere Genossen im Reichstage wird der Fall noch bei Gelegenheit der Beratung des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit als Material dienen.

Bürgerliche Bombenwerfer im Elbisch. Vor einigen Tagen explodierten vor der Kreisdirektion in Altirch mehrere Bomben. Die Affäre wird mit der Nichtbefähigung des Bürgermeisters Jermann von Hrabach seitens der Regierung und der Ernennung des Barons von Reinach zum Bürgermeister in Verbindung gebracht. So schreibt die Neue Wühlhauser Zeitung: Das Bombenwerfen stellte sich, wie verlautet, doch nicht als ganz harmlose Sache heraus, man vermutet vielmehr ein absichtliches Attentat auf den Kreisdirektor. Als Grund wird die Hinzubacher Bürgermeisterraffäre angenommen, weil behauptet wird, daß der Kreisdirektor seinen Einfluß geltend gemacht habe, um die Nichtbefähigung zu erreichen. Am letzten Montag war in Hrabach die Ernennung von Reinach bekannt geworden und in der folgenden Nacht wurden vor dem Kreisdirektionsgebäude die Bomben geworfen, welche mit furchtbarem Knall explodierten. Es handelte sich dabei um gefährliche Sprengkörper, das beweisen die zerstörten Fenster Scheiben am Direktionsgebäude und am Nebengebäude, ebenso ein Loch in der Mauer.

Eine fürstliche Ohrfeige. Bei dem großen Brande in dem badischen Städtchen Donaueschingen hat sich ein Vorfall ereignet, der ein seltsames Licht auf die Handlungsweise gewisser Vertreter der oberen Behörde wirft. Kein Geringerer als der intime Freund des deutschen Kaisers, der schweizerische Fürst von Fürstenberg, dem halb Donaueschingen gehört, ber in fast allen Ländern Europas Bestellungen hat, und der in neuerer Zeit auch in Grundstücks-Spekulationen macht, hat sich auf dem Brandplatz in einer Weise betragen, die jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird.

Bei den Lösungsarbeiten verlangte der mächtige Herr, daß ein Feuerwehmann aus einem brennenden Laufe etwas herausschle. Der Kommandant der Trüberger Freiwilligen Feuerwehr, welchem der fragliche Feuerwehmann unterstand, antwortete (ohne den Fürsten zu kennen): „Wenn Sie's besser können, gehen Sie rein.“ Darauf der Fürst: „Was wollen Sie, Sie Schafkopfer, Sie Zeitwans; ich hätte gute Lust, Ihnen eine runter zu hauen.“ Sprach's und gab auch sofort dem Kommandanten — einem Achtstäten Eisele jun. — eine Ohrfeige. Zwei Trüberger Feuerwehrleute wollten daraufhin den Namen des Attentäters feststellen. Da antwortete dieser: „Das wird ja nett; fragen Sie jedes Kind.“ Auf energisches Drängen antwortete er endlich: „Fürst zu Fürstenberg.“ Dann wandte er sich zu seinem Begleiter und sagte zu diesem: „Graf, Sie sind mein Zeuge!“

Man glaube anfangs, ein Unbekannter habe den Namen des Fürsten mißbraucht. In diesem Sinne äußerte sich auch die Presse. Jetzt aber wird bekannt, daß am anderen Tage ein Kameradrat Schulte sich zu dem Trüberger Feuerwehrkommandanten bemüht und für den Fürsten die Sache „glatt“ zu machen suchte. Der Achtstäten Eisele jun. sollte für 1000 Mark, für einen gemeinnützigen Zweck ebenfalls 1000 Mark erhalten. Er ist aber nicht darauf eingegangen. So wird es wohl zur Lage kommen. Die Angelegenheit beschäftigt die Öffentlichkeit in hohem Maße, zumal andererseits der Fürst für die Abgebrannten 40.000 Mark gespendet hat. Man erklärt sich die Ausschüttung so, daß der Fürst in Donaueschingen gewohnt ist, bei seinen Anordnungen auf keinerlei Widerstand zu stoßen.

Inland.

Die Bewegung in der Türkei.

Das Beschlagnahmevermögen der gestürzten Könige und Würdenträger, namentlich der ins Ausland entflohenen, wird zur Tilgung von Schuldschulden und zur Schenkung für religiöse Zwecke, die durch die Revolution ihr Vermögen verloren haben, verwandt werden. Die Regierung wird dies dem Parlament vorlegen. In der ersten Parlamentssession wird die Regierung ferner beantragen, die vollständige Kontrolle mit in verschiedenen Ressorts, wie Postamt, Zollamt und Finanzministerium, angestellten europäischen Räten nicht zu erneuern.

Der neue Vizepräsident Mehdi Bey hat bereits aus noch unbekanntem Grund seine Demission gegeben. Als sein Nachfolger wird Nispet Bey bezeichnet. Von verschiedenen Seiten wird behauptet, daß der Sultan Parlamentariern gegenüber gefühlerlos sei, er werde die Kosten zum Bau des Parlamentsgebäudes aus seiner Privatkassette bestreiten.

„Abam“ zufolge soll der Sultan gefühlerlos sein: „Die ganze Nation bildet einen Teil des Komitees für Einheit und Fortschritt. Ich bin der Präsident; arbeiten wir von nun an gemeinsam an der Regenerierung des Vaterlandes.“ — „Abam“ behauptet, der Generalstab bereite ein Memorandum über den Militärstand der Christen, und der bis jetzt nicht militärisch bedingte von Konstantinopel Schmittsche türkische Militärattachés wurden hierher berufen, um an den Vorbereitungen der verschiedenen Militärreglements mitzuwirken. — Eine Blättermeldung besagt, daß trotz der Kommentare der Presse das Wahlrecht von 1876 nicht geändert wird. Der Sultan habe den Wunsch ausgedrückt, daß eine Erinnerungsmünze geprägt werde, die die Worte: „Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit“ enthalten soll.

Der Schah in der Klemme. Nach den letzten Meldungen aus Teheran scheint die Lage des Schahs tragisch zu werden. Als er die Kletterhaken aus den verschiedenen Stämmen aufnahm, um eine weitläufige Marine Flotte zu unterhalten, hat er sich angedacht, daß diese unzulängliche „Mäuerbande“ zu groß und beschränkt werden muß. Jetzt herrscht Ebbe im Verlauf des Schahs. Die von der russischen Bank erhaltenen Darlehen sind bereits verausgabt. Die Schahsweiber, Frauen, Dichtern fordern ihren Sold. Sie drohen, den Palast, ja ganz Teheran zu zerstören. Die 500 treuen Soldaten des Schah sind zu schwach, um diese Horde zu beruhigen. Durch diese Umstände ist der Schah gezwungen, die Befehle seiner Prätorianer, die die längst geplante Umverteilung des Schahs aus Bagdad nach Sultanabad, wo seine Familie lebt, nicht ausführen zu lassen und wartet bestürzt auf das weitere ab.

Aus Teheran wird berichtet: Vor gestern wurde den ganzen Tag über erbittert gekämpft. Die Schahsweiber haben an dem Kampfe teilgenommen. Die Revolutionäre erlitten große Verluste, es wurden ihnen auch Geschütze abgenommen.

Den Nachrichten aus Teheran zufolge dauern die Straßenkämpfe dort fort. Truppen bombardieren die von den Revolutionären besetzten Stadtteile. Es heißt, zahlreiche Personen seien hierbei getötet worden. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Billiger Zucker — in England. Die englische Regierung macht dieser Tage bekannt, daß vom 1. September d. J. ab Zucker von Rußland, Dänemark, Spanien und Argentinien frei nach England eingeführt werden kann und das trotz der noch bestehenden Zucker-Konvention. Die neue Zucker-Konvention trat zwar vom 1. September d. J. ab noch auf weitere 5 Jahre, aber England hat sich durch die Ergänzungsakte vom August 1907 von der Verpflichtung befreit, eine besondere Abgabe auf aus anderen Ländern eingeführten Zucker zu erheben.

Russische Eroberungsgelüste. Die russische Regierung hat sich bekanntlich gezwungen gesehen, ihr mazedonisches „Reformprojekt“ in Anbetracht der türkischen Verfassungsreform bis auf weiteres zurückzuziehen. Die kriegerische Stimmung in den „maßgebenden“ Petersburger Kreisen hat aber trotzdem nicht nachgelassen. Die Kriegshörer suchen im Gegenteil unter Hinweis auf die neu entdeckte politische Lage in Europa auf einer „aktiven Politik“ in Nordmazedonien aufzubauen. So schreibt die offizielle „Nowoje Wremja“ in einem sehr beachtenswerten Artikel: „Die Rolle Rußlands, Englands und Frankreichs (gegenüber der Türkei) muß sich nun auf wohlwollende Neutralität beschränken, die natürlich weitere aktive Schritte nicht ausschließt, wenn ihre Erwartungen hinsichtlich des selbständigen Hervortretens des türkischen Reiches auf den Weg der Gerechtigkeit und Loyalität nicht in Erfüllung gehen sollten. Wir dürfen aber zugleich nicht außer Acht lassen, daß die gegenwärtigen Ereignisse eine ungeheure wenn auch nur temporäre Kräfteveränderung zeitigt, die an anderen politischen Gebieten mit Erfolg angelegt werden kann. Ein solcher Hebel ist für Frankreich — Marokko, für uns und England Persien.“

Nach längeren Ausführungen über die schwierige Lage, in welche Deutschland und Österreich gegenüber der türkischen Reformbewegung geraten sind, geht das Blatt fort: „Es ist klar, daß die türkischen Ereignisse in hohem Maße die Bewegungsfreiheit Österreichs und Deutschlands hemmen, indem sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf den Balkan lenken und die Verwirrung des nahen Ostens von ihrer allzu aktiven Einwirkung befreien. Die Berücksichtigung unserer politischen Interessen in der unruhigen Zone des uns freundschaftlich (!) gesinnten Perleens erscheint darum im gegebenen Moment erleichtert. Von der Weltöffentlichkeit der zentralen Regierung und der Ansicht unserer Vertreter wird es nun abhängen, ob Rußlands geselliger Einfluß im nahen Osten wieder hergestellt wird.“

Die Vorberer des Kasanmodernen Nachwuchs schämen offenbar vielen seiner russischen Kollegen die Ruhe geraubt zu haben.

Russische Mäuerbänder. In Noworodol (Gouvernement Grobno) überfiel ein Trupp von ungefähr 25 Mäuerbändern einen Passagierzug, in dessen Güterwagen 100.000 Rubel verborgen waren. Eine Bombe, die einer der Mäuerbänder wollte, explodierte in seinen Händen, wobei ihn selbst und verurteilte zwei Bahnbediente und eine Frau. Nach erfolgter Vernehmung des Späherbandes ergreifen die Mäuerbänder am Bahnhof stehende Pferde und entlaufen.

Bundtagspräsidentenwahl in Finnland. Die Wiederwahl des Jungfinnen Svinhufvondt erregte in der sozialdemokratischen Fraktion eine heftige Debatte. Im allgemeinen schätzt man S. als einen unparteiischen Präsidenten. Aber er verwarf als Präsident einen Antrag des Genossen Sirola betreffend die 30 Millionen für die russische Regierung zur Unterhaltung des Militärs, demzufolge die Abkündigung als eine Verfassungsfrage mit Autoritätsmehrheit hätte beschlossen werden müssen. Svinhufvondt entschied als Präsident für die einfache Majorität. Obwohl dieser Umstand in der Fraktion sehr gegen ihn stimmte, beschloß die Majorität, doch für ihn zu stimmen, um nicht den Anschein aufkommen zu lassen, als hätte man S. nicht wiedergewählt, weil er bei der russischen Regierung kein genehmigter Mann ist. So wurde Svinhufvondt mit 108 Stimmen gewählt. — Von einem eigenen Präsidenten sah die Fraktion ab, wohl aber beschloß sie, einen der Vizepräsidenten zu stellen. Man einigte sich auf die Kandidatur des Genossen Sirola, Redakteur des „Työväen“. Er wurde mit 104 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten gewählt, während zum zweiten Vizepräsidenten der Mannino Lino mit 99 Stimmen gewählt wurde. — Das Zentralorgan der finnischen Sozialdemokratie „Työväen“ polemisiert gegen den Fraktionsbeschluss wegen der

Svinhufvondt, indem er ihn als einen Feind der Bewegung darstellt und ferner: weil seine Wahl ein Beweiswunder der Fraktion war.

Kleine Auslandsnachrichten.

Aus Marokko wird gemeldet: Am 7. d. Mts. fand ein Gefecht bei Dacaaab, 20 Kilometer südlich vom Um er Rebia, zwischen den Stämmen, die Muley Saïd ergeben sind, und den Truppen Abdal Aziz' statt. Letztere blieben Sieger und lagerten in der Nähe der Rehamna-Stämme.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. August.

• Eine große Versammlung für alle in Vauschlössereien und Konfessions-Verhältnissen beschickten Schlosser und Schmeide sowie deren Hilfsarbeiter findet am Mittwoch, den 12. August, Abends Punkt 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Die Tagesordnung lautet: „Die wirtschaftliche Krise und Unternehmensmoral“, sie soll der Vespierung der vielfachen Lohnrunderläufe gelten, die seit dem Einsetzen der Krise auch in Breslau üblich sind.

• Achtung, Sattler! Den Kollegen zur Kenntnisnahme, daß am Sonnabend, den 10. August, Abends 8 1/2 Uhr, im „Grünen Biegel“ unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung stattfindet.

• „Uferstraße“ statt Uferstraße. Die Bezeichnung „Uferstraße“ hat der hintere Teil der Uferstraße von der künftigen Einmündung der Unterstraße ab bis zur Kiergartenstraße erhalten.

Schauspielhaus Heute Mittwoch findet das vorletzte Gastspiel Albert Wassermanns als Schmeide in „Johanns Nova“ statt. Die Titelrolle spielt Miriam Gormig. Der lustige Schwanz „Der Raub der Sabinerinnen“ gelangt morgen einmalig zum Abschied Wassermanns zur Aufführung. Freitag, den 14. d. M. beginnt ein nur dreitägiges Gastspiel Hermann Valentins.

• Breslauer Sommertheater (Nebst Stabliement). Heute Mittwoch geht „Prinzen-Erziehung“. Komödie in 3 Akten von Maurice Donnay erstmalig in Szene. Das ungemein lustige Stück fand bei seinen Aufführungen in Wien, München und Nürnberg großen Erfolg.

Im Garten des Nebst Stabliement langgestreckt heute die Kapelle des 11. Regiments unter Leitung des Musikdirektors Herrn H. Meindl.

• Mordversuch und Selbstmord. Am 12. d. Mts., früh 5 Uhr, versuchte der 64jährige hiesige Kupferarbeiter August Penne, Weidenstraße 8 wohnend, seine Ehefrau mit einem sechsstündigen Revolver zu erschlagen. Es hat zwei Schüsse nach ihr abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Während nun die Frau aus der Wohnung lief, um Hilfe herbeizurufen, rief sie sich Penne ein und gab, als ein Schuttmann ihn zum Öffnen der Wohnung aufforderte, zwei Schüsse auf sich ab, die seinen Tod herbeiführten. Er hatte sich in die Stirn und in die Herzgegend getroffen. Die Leiche wurde auf Wunsch der Ehefrau nach der Anatomie überführt und die zu der Tat benutzte Schusswaffe, sowie eine in der Wohnung vorgefundene Stockklinge mit acht scharfen Patronen wurden beschlagnahmt.

• Automobilunfall. Am 8. d. M., Abends 8 Uhr, fuhr ein Mechaniker in dem Automobil eines Kaufmanns von der Nachbargasse die Berliner Chaussee entlang in der Richtung nach Deutsch-Witz. In der Grenzstraße verlor er anscheinend die Gewalt über die Steuerung, denn der Kraftwagen sprang auf den Fußgängerweg und rannte den gerade vordrührenden Kinderwagen eines Kolonistenfahrer von der Karolinenstraße um, so daß die darin sitzenden beiden kleinen Kinder herausgeschleudert wurden. Zum Glück sind die Kleinen nicht verletzt worden. Das Vorderteil des Kinderwagens dagegen wurde vollständig demoliert.

• Vermißt wird seit dem 8. d. M. die Frau eines Buchhändlers von der Freiburgerstraße.

• Gefunden wurden: ein Ordensband, ein goldenes Pincene, ein Hundehalsband, ein Hausschlüssel, mehrere Kindermanuskripten, mehrere Portemonnaies mit Inhalt, ein grauer Sommerbezieher, ein goldener Trauring, ein goldener Ohrring, ein Schmuckstück in goldener Fassung, drei buntestreifige Wolltücher, Legitimationspapiere, vier Schlüssel am Ringe, ein Bescheinigungsbuch mit drei Freischreiben, ein Kinderdiadem, zwei Schürzen und ein Pfandchein. — Verloren wurden: ein schwarzer Bankgästel, ein goldener Schlangenhörning, eine silberne Uhr mit Kette, ein Hundemarktschein, eine silberne Damenbrille mit Kette, ein braunes Lederportemonnaie mit 580 Mk. und einem Lotterielos, mehrere Portemonnaies mit geringem Inhalt, ein Reisekorb mit Kleidungsstücken und Papieren.

• Gestohlen wurden: aus einem Grundriß vier Messingmünzen; ein Wachsstock ein Gelbkegel von 5 Mk.; einer Frau am Ringe ein Portemonnaie mit 12 Mk.; einem Handlungsgehilfen eine silberne Taschenuhr mit Doppelkette; einer Wirtin ein schwarzes Kleid und eine Schalschleife. Am 11. d. M. wurde einer unbekanntem Person, die auf einer Bank an der Poststraße saß, ein Handschuh entzogen bzw. gestohlen. Die Geschädigte melde sich bei der Polizei.

Aus Schlesien und Posen.

Neumarkt, 12. August. Einer von den tüchtigen Elementen. Die Arbeiter Karl Schwarz, Paul Simon und Karl Reimer aus Deutsch-Witz wurden vom hiesigen Amtsgericht wegen Abzweckung, letzterer zu 10 Tagen und letztere zu je acht Tagen Gefängnis verurteilt. Bei einem Tanzvergnügen waren sie mit dem Arbeiter Richard Ullrich in Streit geraten, dessen Folge die gerichtliche Verurteilung der Angeklagten wurde. Richard Ullrich gab an, daß man ihn nur deshalb geschlagen habe, weil er nicht organisiert sei und in hochstehenden Lokalen verkehre. Vollständig bemerkt, hat er vor Gericht schon einmal mit denselben Argumumenten Glauben gefunden, in Wirklichkeit ist er aber gar nicht so ein ansehlicher Herr, denn die Tatsache, daß er sich im letzten Jahre zwei Flaschen aus dem Lokal mitgenommen und als Wirtin geschosse benutzt hatte, beweist gerade das Gegenteil. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß den Angeklagten mitbedenke Umstände zu verfangen seien, um endlich den Verbrechen gegen den Ullrich ein Ende zu machen und das Gericht erkannte auf die erwähnte Strafe.

Kosel O.S., den 11. August. Luftballon-Laubung. Ein Luftballon, in dem zwei Offiziere sich befanden und der in Posen aufgestiegen war, landete Sonntagvormittags bei Dobrosławitz. Der Ballon wurde auf Bahnhof Maglisch nach Posen verladen. Die Offiziere fuhren über Ratibor nach Posen zurück.

Aus den Gerichtsfilien.

Wittschütz.

In drei Jahren Gefängnis hatte das Kriegsgericht in Wittschütz den Arbeiter Max Kofelt vom Infanterie-Regiment Nr. 68 in Oppeln wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten verurteilt, weil er auf dem Truppenübungsplatz Pansdorf nach dem Untertan Major Graf zine Seltzer's Laiche geworfen hatte, die am Hinterkopf des Betroffenen zerplatzte. Der Gerichtsherr legte Verurteilung ein, weil das Kriegsgericht zu Unrecht einen minderwertigen Fall angenommen habe. „Vor dem Breslauer Oberkriegsgericht des G. Kremler's Verurteilung der Angeklagten, Kriegsgerichtsrat Brand. Verurteilung der Angeklagten, Kriegsgerichtsrat Brand. Verurteilung der Angeklagten, Kriegsgerichtsrat Brand.“

Verurteilung der Angeklagten des Oberkriegsgerichts erkannte auf eine Strafe von zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis.

Neueste Nachrichten.

„Friedliche Beziehungen“ mit Tobakurteilen.

Petersburg, 12. August. (S. L.-B.) Die Russen haben den japanischen Schoner „Wine-Maru“ wegen angeblichen Raubens mit Beschlag belegt und 86 Mann der Besatzung nach Ladischow abgeführt. Unterwegs kam es zwischen den Japanern und den Russen zu einem Streit, wobei die Russen mit Steinen bombardiert wurden. Das Kriegsgericht verurteilte drei Japaner zum Tode! In Japan wird der Vorfall ruhig aufgenommen. Man betrachtet dies als ein Zeichen der friedlichen Beziehungen zwischen Rußland und Japan. (1)

Berlin, 12. August. (S. L.-B.) Die Verurteilung gegen die Kammerfrau Sieger wegen Diebstahl des Perlenhalses ist nunmehr abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter hat die Akten dem Staatsanwalt übergeben. Der Rechtsbeistand der verurteilten Kammerfrau hat Antrag auf Haftentlassung gestellt, da eine Verurteilung der Tatfache nicht befürchtet wird und Haftverbot nicht vorliegt.

Hannover, 12. August. (S. L.-B.) Auf der Arbeitsstelle wurde ein verheirateter Arbeiter durch einen anderen Arbeiter ohne Veranlassung durch Dolchstiche ermordet.

Wien, 12. August. (S. L.-B.) Nach telegraphischer Meldung aus Genowitz ist dort neuerdings ein Wolfenbruch niedergegangen und hat großen Schaden angerichtet. Ein Postkutschent ist ertrunken.

Konstantinopel, 12. August. (S. L.-B.) Die Orientbahn hat bei der Warte am Kongressionierung eines Bahnbauwes von Britina nach der serbischen Grenze nachgedacht.

Saloniki, 12. August. (S. L.-B.) An den Oberkommanden des 3. Korps sind Meldungen über Verletzungen an der Grenze durchgefallen. Gemäßigte Stimmung greift Platz.

Essen, 12. August. (S. L.-B.) Bei dem beruflichen Abschiede benetzte König Eduard, jedes Jahr wieder kommen zu wollen, um schwedische Frage zu besprechen. Nach der Abreise des Königs bestieg der Kaiser den Sogzug und fuhr nach dem Truppenübungsplatz Senne.

Paris, 12. August. (S. L.-B.) „Ralin“ berichtet aus Besancon, daß gestern dort erste Kundgebungen stattgefunden haben. Die streikenden Eisenarbeiter giffen die Truppen an. Mehrere Soldaten und Gendarmen wurden verletzt. 10 Verhaftungen wurden vorgenommen. Für heute werden erste Besanconer Kundgebungen befürchtet.

Rußschuck, 12. August. (S. L.-B.) Im hiesigen Zentralgefängnis revolvierten die Gefangenen wegen schlechter Kost. Bei der durch Militär erfolgten Unterdrückung wurden mehrere Gefangene erschossen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags

• A. Die Herren bei der Examen können andere Verfahren sein als die bei der Anmeldeung.

• B., Gabelstraße. Das verbrannte Zepplin'sche Luftschiff konnte höchstens 20 Personen aufnehmen.

• C., Leithenstraße. Die Kosten der Naturalisation eines Ausländers betragen mehr als 50 Mk.

• D., Bahnan. 1. Bei der Witwe die Sterbentunde des Mannes und ihre Geburtsurkunde. 2. Sie haben nur die Geburtsurkunde vorzulegen.

• E. W. Auch in Backmachereien dürfen die Mädchen Sonntagabends und an den Vorabenden vor Festtagen nicht nach 5 1/2 Uhr Nachmittags beschäftigt werden.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 12. August:

Arbeiter-Nachfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Schmeideverband. Abends 8 Uhr, Zimmer Nr. 2. Mitgliedsbuch legitimiert.

• Arbeiter. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Wolkswacht-Agitation.

Sonntag, den 16. August, findet von dem Lokal Lokale 77 aus eine Agitation für die „Wolkswacht“ statt. Alle Genossen, die daran teilnehmen wollen, werden ersucht, möglichst pünktlich um 8 Uhr zu erscheinen. Die Genossen, besonders der umliegenden Distrikte, werden um regle Teilnahme gebeten.

Achtung Bezirksführer! Diejenigen Mitglieder, welche im Juliaband ihren Beitrag nicht entrichtet haben, müssen mindestens monatlich ein Mal in der Wohnung laffieren werden. Am besten eignet sich hierzu der Sonntag nach dem Juliaband. Die Bezirksführer werden ersucht, im Kassieren recht pünktlich zu sein, damit durch ihre Schuld kein Mitglied um seinen Beitrag in Rückstand kommt.

Distrikt 17.

Sonntag, den 16. d. M., findet eine Agitation für die „Wolkswacht“ vom Distriktslokal aus statt. Die Genossen werden ersucht, möglichst pünktlich um 8 Uhr Morgens zu erscheinen.

Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Distrikt Neumarkt.

Die für heute Mittwoch den 12. August geplante Zusammenkunft findet erst am Montag den 17. August statt.

Land-Distrikt 3.

Bezirk 2 (Groß Wochern). Sonntag, den 16. August, Vormittags 9 Uhr, Mitglieder-Zusammenkunft beim Bezirksführer, der um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.

Land-Distrikt 4.

Bezirk 5 (Gottlieb, Krieter, Krieter). Sonntag, den 16. August, findet im Lokal von Thaman unter diesjähriges Sommerfest statt. Dasselbe besteht aus Konzert, Ball, Kinderbeimittag und Der Eintritt kostet pro Person 20 Pfennig. Anfang 2 Uhr. Die Parteigenossen der umliegenden Bezirke werden freundlich ersucht, an diesem Feste teilzunehmen.

Land-Distrikt 6.

Donnerstag, den 18. d. Mts., Abends 8 Uhr, Zusammenkunft bei Pöser auf der Subenstraße.

Sonabend, den 15. August, veranstalten die Genossen des Land-Distrikts 8 ein Sommerabend-Fest bei Pöser, Subenstraße, unter Mitwirkung von Mitgliedern der Partei Lauenburg-Verbindung.

Wien. Wahlverein. Donnerstag, den 18. August, Abends 8 Uhr: Öffentliche Volksversammlung im Vereinslokal bei Passmann, Friedrichstraße. Referat Genosse Scholl. Tagesordnung: Die Polizei und die Gewerkschaften in Bezug unter dem neuen Reichsverfassungsgesetz.

Verantwortlicher Redakteur: Genosse Schmidt. — Druck und Verlag: Genosse Schmidt. — Druck und Verlag: Genosse Schmidt. — Druck und Verlag: Genosse Schmidt. — Druck und Verlag: Genosse Schmidt.

Am Sonntag, den 9. d. M., verschied sanft nach schwerem Leiden mein inniggeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser

Maximilian Löfövre

im besten Alter von 50 Jahren 9 Monaten.

Breslau V, den 10. August 1908.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Auguste Löfövre
geb. Hillrich.

Beerdigung: Mittwoch Nachmittag 2 1/2 Uhr vom Trauerhause Viktoriastrasse 96, Seitenhaus II. Etage, nach dem Kirchhof in Gräbchen. 3899

Am 11. d. Mts. starb plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere trauernde Mutter und Tochter

Auguste Schiller

im Alter von 32 Jahren. 3904

Dies zeigt an um stille Teilnahme bittend

Der trauernde Gatte August Schiller
nebst 3 Kindern.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, in Hundfeld, von Göbelstrasse 42a nach dem evangel. Friedhofe.

Am 11. August, morgens 2 1/2 Uhr verstarb nach langem Leiden unser treues Verbandsmitglied, der Bierfahrer

Julius Kräker

im Alter von 46 Jahren. 3902

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Zentralverbandes
der Branerfarbeiter (Zahlstelle Breslau).

Die Beerdigung findet Freitag von Matthiassstr. 189 aus statt.

Schauspielhaus
Dir. Erich Ziegel.
Mittwoch, 8 Uhr:
Besetztes Café
Albert Bassermann
Nora.
Donnerstag, 8 Uhr:
Letztes Gastspiel
Albert Bassermann
Der Raub der Sabinerinnen.

Palmengarten
Dir. H. Krainick.
Die Zigeuner-Kapelle
„Hungaria“
5 Damen, 5 Herren.
Entrée frei.

Breslauer Sommer-Theater.
(Lieblich's Etablissement.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Prinzen-Erziehung.
Im Garten: Reindol.

Mstr. Bolik
Gadbin's Nachfolger
mit dem
Todessprung
kommt am 16. August
? 3896

Victoria-Theater
Original
Budapester Orpheum-
Gesellschaft.
Neues Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sans Wechentage gültig.

8 Pf. Retombier 8 Pf.
Zurückgekehrt.
Dr. Hirschberg,
Klosterstraße 11. 3886

„SCALA“
Nikolastrasse 27.
Einziges Sommer-Variété mit
überdachtem Zuschauerraum
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Das
Tagebuch
einer 3789
Verlorenen.
Lebensbild in 4 Akten
mit einem Vorspiel
nach Margarete Böhm's
bekanntem Roman
v. Wolf v. Metzsch-Schilbach.

E. Bartsch
Klosterstrasse 33, 2. Etage.
Sprechstunden von 11-2,
abends 6-7 1/2 Uhr.

Zeltgarten.
Dir. H. Krainick.
Sensations-Programm
12 Spezialitäten.
H. v.:

Volksgarten
Oswitz
Kaffee in Portionen.
Kegelbahn. 3488
Eisbeine und Pökelrippe.
Es sind weitere sechs Fabrikate nach
Ordnung mit 5 Pf. in Portionen zu beziehen.

Deutscher Holzarbeiter-Verein, Zahlstelle Breslau.
Freitag, den 14. August 1908, abends 8 Uhr, 3903
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
Öffentliche Versammlung der Erlen-Löhler.
Tagesordnung:
1. Wie stellt sich die hiesige Löhler-Zunft zu unserem Tarifvertrag?
Referent: Kollege Zumdiok.
1. Diskussion.
Vertrauensmänner! Donnerstag, den 18. August, abends
8 Uhr, im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses: **Wichtige Sitzung.**
Die Ortsverwaltung.

Geschäfts-Anzeige.
Der werthen Genossen und Kollegen die ergebene Anzeige, daß wir am 1. August,
Michaellsstr. 30, ein Blumen- u. Kränze-Geschäft
eröffnet haben. In dem wir Waren gütiger Kaufleute entgegensetzen, wird es unser
Bestreben sein, bei prompter Bedienung nur billige Preise zu führen.
A. Heckner und Frau, Michaellsstrasse 30.

Bestbewährte
gesunde
und
magen-
darmkranke

Kufeke

Nahrung für:
sowie
schwächliche,
in der Entwicklung
zurückgebliebene
Kinder.

Die dem Schutzmehrheit Herrn Prof.
Dr. Wald angestellte Beerdigung nehme ich
nach schiedsmännlichem Vergleich zurück.
E. Terhorsthe.

Gebr. v. Mühl, Carl, Romm.
Wettl., Tisch, Sofa, 68
Staub-Einrichtungen zu verkaufen.
Friedrichstraße 68. 3900

Möbel,
Volkerwaren
aller Art, neu und gebraucht, verkauft
sehr billig Bernad, Altenstraße 64.

Ich kfe. gebr. Möbel
bei hohem Preis, Tische, Stühle, Lampen,
Kissen, beste neue Polsterung, Ein-
richtung, Doppelbetten, Bettzüge geg.
sofort. Zahl. Wähler, Gartenstr. 36.
3900

Pianos,
Flügel u. Harmoniums
größte Auswahl, jede
Probieren, Teilzahlg., kleine
Reparaturen, Stimmen.
Georg Neumann
BRESLAU, Neue Graupenstrasse 13.
3897

Frühe
Brütheringe
per Pfund 8 Pf.
per Kilogramm (ca. 15 Pf.)
1 Mark
offertiert
Oscar Barnert
Kgl. Goldene Badegasse 10.
Bitte genau auf meine Firma und
Handzeichen zu achten.

Wilhelm
Lieb knecht
sein Leben und Wirken
von
Kurt Eisner.
Zweite erweiterte Auflage
mit Porträts und Ab-
bildungen
Preis 60 Pf.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“.

Mer **Strickmaschinen**
Strickmaschinen zu kaufen beabsichtigt, bitte
nur da, wo er persönlich angeht wird.
nur wirklich brauchbare Systeme
Referent **G. Schubert,** Kolonie Ransberg, Post Seifershan
im Bielefeldstr. 2618
Auch könnte nach einer Anzahl Strickmaschinen Arbeit überlassen.
Kaufkraft für Breslau erhalt Frau Hanna Müller, Strickerin, Reudorfer Str. 81, 6. 11.

Saison-Ausverkauf
nur 14 Tage Gültigkeit!
Infolge überflüssiger Läger im
Wert von mehreren 100 000
Mark verkaufe von heute ab zu
jedem annehmbaren Preise, be-
merke noch, daß ich Ertrag und
Zubehörtelle, Speigel und Achsen, Schalen, Conasse, Kurbeln, Zahn-
kränge, Kettenräder, Gabeln u. für fast alle erfindbaren Räder vorrätig
habe, z. B. passend für Orkan, Kette, Perplex, Sperber, Borwed, Bren-
nabor, Kayser, Wanderer, Opel, Germania, Adler, Viktoria, Styria,
Komat, Well, Grillmor, Excelsior, Corona, Triumph, Premier,
Deutschland, Mars, Herkules, sowie auch noch für viele anderen Marken.

Verlangen Sie meinen reichillustr. 180 Seiten
starken Hauptkatalog No. 67 welcher Ihnen
Aufschluss gibt über die Vorteile, die Sie
bei mir genießen. Denselben versende um-
sonst und portofrei an jeden Radfahrer!

Orig. - Debl. Deutschland - Fahr-
räder, volle Garantie, R. 54.-
58.-, 65.-, 75.-, 84.-

Auch die billig. Spezialräder,
wie in letzter Zeit von zweifelhafter
Güte importiert, können Sie bei
mir auf Wunsch erhalten.

Radreifen 2.40, 2.80, 3.- u. 3.50.
do. 1/2 Jahr Garantie 4.- u. 4.50
do. 1. Jahr, 1 Jahr Garantie
5.-, 5.50 u. 6.-

Reifen - Laternen 1.60, 2.-,
2.75 u. 3.25.

Cellarernen 80 Pf., f. vera. 1.20.
Halbrennlätter 1.80 u. 2.20.
Gummifüßel 2.20 u. 2.75.
Reifen v. Paar 1.80 u. 2.-,
Reifen 1.50, 2.- u. 3.-,
Glocken 15, Trillerhül 55 u. 40 Pf.
Zahnkränge fertig u. zerlegt. 75 Pf.
Fahrbatter. Paar 25 Pf., Fahrbat-
terier 70 Pf.
Gepäckhalter f. Radfahrer 15 Pf.
Franzosenhül 25 u. 35 Pf.
Samenpaar Paar 70, 90 Pf. u. 1.-.
Speichen 3 Pf.
Radfüße 85 Pf. u. 1.50. Rebal-
gummi 3 Pf.
Anleitung mit 12 Karten 30 Pf.
Gummilösung 5 Pf.

Original-„Orkan“-Fahrer
bedeut. ermäßigt, R. 70.-, 80.-
und 100.-, bis 5 Jahre Garantie.
Original-„Express“-Fahrer
R. 100.-

Zufüllschläuche R. 2.- u. 2.50 u.
1/2 Jahr Garantie, 2.90 u. 3.25.
do. extra Ia. Canal, 1 Jahr Garant.
R. 3.25, 3.75 u. 4.-

Fertig gefasertes Vorderad
R. 4.25 u. 5.-

Fertig gefasertes Hinterrad
R. 5.- u. 5.75, m. Freilaufnabe
und Nützlichkeit R. 12.50.

Garant. Schraubhül R. 1.- u. 1.40.
Zahnkränze 40 u. 60 Pf., Fußpumpe
75, 85 Pf. u. R. 1.20.
Beitreibung, 2.50, Größe R. 22 u. 30 Pf.

Sprechmaschinen
Phonograph.
3.-, 3.50 und
4.50 Rtl., dazu
Ia. Goldgeh-
wänge bis
10 Rtl. 55 Pf.
Platten-
Apparate
m. 10 Platten
R. 12.-, Platten-Apparate
R. 10.-, 12.- und 15.- bis
25.-

Orig.-Columbia-Platten 70 Pf.
Ia. - „Hör“- „groß, 90“

Kataloge üb. Sprechmasch. extra.

Weit über 100 000 Conasse, Lagerschalen, Achsen
auf Lager, Stck von 20 Pf. an. 3886

Orkan-Fahrer, Fahrradteile-Fabrik-
u. Nähmaschinen-Industrie, Breslau 8.
Klosterstr. Nr. 15. Bernhard Wedler, Klosterstr. Nr. 15.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das
Waschmittel
der
Zukunft!

Persib

Erzeugt
dauernd
blendend weiße
Wäsche!

Garantiert schmerz-
los und unschädlich

Millionenfach
erprobt!

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co. Dusseldorf

Gebrauchte Benzinmaschinen mit Werkzeug,
sowie alle anderen Goldbearbeitungs-Werkzeuge billigt bei
R. Standfuss, Albrechtsstraße 44/45. 3881

3896 **Auf**
Abzahlung!

Möbel einzelne Stücke,
ganze
Einrichtungen
Riesenslänger
Anzüge, Ueberzieher
Kleiderwagen, Teppiche, Gardinen usw.
bei nie dagewesener kleiner
Anzahlung und billigen Preisen
BRESLAU
Max Biermann, Ring 52
erste Etage, neben der Stockgasse.
Filiale: Waldenburg Schl.
Auch nach auswärts.

Jasmatzi-
Cigaretten

Unerreichte Qualitäten!
Grösste Verbreitung!

Poi mit Mundstück 1 Pf.
Lucca mit Mundstück 1 .
Uncas mit und ohne Mundstück 2 .
Unsere Marine m. u. o. Mundst. 2 .
Rilian mit Mundstück 3 .
Ramses mit und ohne Mundstück 3 .
Elegante Blockpackung.
Elmas Gold 3-5 .
Elegante Blockpackung.
Pico m. M., o. M. u. Gold 4-25 .

Grösstes Fahrradhaus am Orte
Generalvertretung der Styria-Fahrradwerke Graz (Eichermark), der Biele-
felder Maschinenfabrik vormals Dickopp & Co. und der weitberühmten

Progress-Motor-Zweiräder.
Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Betrieb.
Reparaturen schnell, sauber und preiswert. 3126

Max Kluge, Harnasgasse 4/6.

Alle mit Kreditkarten bezahlbar.

Donnerstag, den 18. August 1908.

„Nehmt mich“

„Ich werde nicht aufhören zu schreiben!“

Der Tolstoi veröffentlicht in der Londoner „Daily News“ unter dieser Überschrift einen neuen Kampfesruf an die zaristische Regierung. Sie beginnt:

Am 7. Mai 1908 wurde einer meiner Bekannten, Wladimir Molotchnikof aus Nowgorod, verhaftet und zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Sein Vergehen bestand darin, daß er einige meiner Bücher in seinem Besitz gehabt hatte. Als ich davon hörte, sandte ich der Zeitung „Neuf“ folgende Erklärung: (Das Blatt brachte sie mit einigen Änderungen und Weglassungen.)

„Die Behörden sind wieder einmal an der Arbeit gewesen. Sie haben in Nowgorod einen Mann verhaftet, und Männer, die sich selbst Richter nennen, haben ihn, Wladimir Molotchnikof, einen Mann mit geringem Vermögen und der von allen, die ihn kannten, einer hohen Achtung sich erfreute, zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt, und damit auch den Ruin seiner Familie herbeigeführt. Und alles dies, weil er meine Werke im Besitz hatte und diese denjenigen gab, die sie zu lesen wünschten.“

Wieder und wieder geschehen die erstaunlichsten Dinge: Leute werden verfolgt und ruiniert, weil sie meine Bücher verbreiten, währenddem ich, die hauptsächlichste Ursache nicht der Verbreitung, sondern der Existenz dieser Bücher überhaupt, unbeschäftigt bleibe.

Es ist doch ganz klar, daß das öffentliche Interesse an meinen Büchern — wenn solches überhaupt vorhanden ist — nicht dadurch verringert werden kann, daß man Leute, die solche verbreiten, ins Gefängnis steckt, denn ich habe in meinem Besitz ja eine große Anzahl Bücher, die in Rußland oder im Ausland erschienen sind, und ich, der Autor und Hauptverbreiter derselben (wie ich schon vor 12 Jahren bekannt gab), nicht aufhören werde zu schreiben und sie zu verbreiten, so lange ich lebe. . . . Deshalb scheint es doch einleuchtend, daß der einzig richtige Weg, das zu beseitigen, was gewissen Leuten an meiner Tätigkeit nicht gefällt, der ist, mit mir selbst ein Ende zu machen. Aber mich in Frieden zu lassen, während man die Verbreiter quält, ist nicht bloß eine empörende Ungerechtheit, sondern auch erstaunlich dumm.“

Wenn es wahr ist, daß, wie man mir mittelste, ein bestimmter Minister den Plan empfohlen haben sollte, meine Freunde zu peinigen, um dadurch meine Tätigkeit zum Stillstand zu bringen, so wird dieser den gewollten Zweck nicht erreichen. Man wird ihn nicht erreichen, weil, so peinlich die Leiden meiner Freunde mir auch sein mögen, ich doch, so lange ich lebe, meine Tätigkeit nicht einstellen werde, denn ich suche in ihr nicht ein äußeres Ziel, sondern erfülle nur, was ich erfüllen muß — das Verlangen des Willens Gottes, so wie ich ihn verstehe und zu verstehen ich mir nicht anders helfen kann.“

Tolstoi teilt sodann mit, daß er sich bemüht habe, den Molotchnikof durch seine Rechtsbeistände in der höheren Instanz von der Strafe zu befreien, daß er dies aber abgelehnt habe, weil er die Rechtmäßigkeit des Verfahrens gegen ihn in keiner Beziehung anerkennen wollte. Er verhielt sich gänzlich passiv, ordnete seine privaten Verhältnisse und wird die Strafe nun auf sich nehmen.

Graf Tolstoi fordert zum Schluß nochmals die Regierung des Zaren auf, nicht so empörend ungerecht und grenzenlos dumm zu handeln, nicht die Verbreiter seiner Werke, deren es immer mehr werden, zu quälen, sondern ihn, dem Verfasser derselben, zu nehmen und abzuurteilen. Selbst die brutalen Zarentumme werden es nicht wagen,

die Hand an den greisen Tolstoi zu legen, wissend, daß die sonst — ach so träge westeuropäische Kulturwelt gegen diese Gewalttat doch reaktieren würde.

Ueber die Folgen, die die Veröffentlichung des Artikels „Ich kann nicht schweigen“ für Tolstoi sonst noch gehabt hat, wird dem Londoner „Globe“ aus Petersburg gemeldet: Die russischen Zeitungen, die den Artikel abgedruckt haben, wurden sämtlich bestraft und zum Teil für unbestimmte Zeit unterdrückt. Ferner wurde allen Stadtverwaltungen, die um die Erlaubnis einliefen, das Jubiläum des großen Dichterphilosophen zu feiern, augenscheinlich auf Veranlassung der Zentralregierung diese Erlaubnis verweigert. Die Universität Kasan hatte beschlossen, Tolstoi zum Ehrenmitglied zu ernennen; darauf sandte der Unterrichtsminister an alle Universitäten ein Rundschreiben, in dem der Beschluß des Universitätsrates von Kasan heftig getadelt und eine Untersuchung angeordnet wird, ob die Dozenten jener Universität regierungsfeindliche Ideen hegten. In Saratow hatte der Gemeinderat beschlossen, für den 10. September, dem Geburtstag Tolstois, den Unterricht in allen Schulen ausfallen und öffentliche Vorträge über das Werk des großen Dichters halten zu lassen; aber der Gouverneur verbot diese Veranstaltung, obwohl die Schulangelegenheiten ausdrücklich Sache der Stadtverwaltung sind.

Die 15. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich

tagte am Montag und Dienstag in Braunschweig im Wilhelmsgarten. Der Kongress war von circa 400 Delegierten besucht. Vertreter war auch das Staatsministerium und die Landesversicherungsanstalt durch Oberregierungsrat Haffel, die Stadtverwaltung durch Stadtrat von Frankenberg, die Handelskammer durch Herrn Baumgarten. Außerdem war aus Oesterreich Herr Stein als Vertreter der österreichischen Reichs-Krankenkassenkommission als Gast anwesend.

Nach einer Begrüßungsrede durch Herrn Meyer-Braunschweig betonte Oberregierungsrat Haffel das Wohlwollen des Staatsministeriums den Krankenkassen gegenüber. Braunschweig sei in dem Rahmen des Krankenkassenwesens weiter gegangen, als die Gesetzgebung. Zum Schluß heißt er die Versammelten im Namen des Staatsministeriums und der Landesversicherungsanstalt Braunschweig herzlich willkommen.

Zum 1. Punkte der Tagesordnung: Bericht der geschäftsführenden Kasse über das letzte Geschäftsjahr, referierte Herr Fräbörj, Dresden, der die Einmündelung des Zentralverbandes rühmend hervorhob. Die weitest größte Mehrzahl der Ortskrankenkassen sei dem Verbande angeschlossen, das sei zum größten Teile den Unterverbänden zu danken. Im vergangenen Geschäftsjahre seien auch zwei Oberverwaltungsgerichts-Entscheidungen zu begründen gewesen, darüber, daß die Kosten der Beschäftigung des Verbandstages auf Kosten der Kasse gehen könne. In einer Konferenz, die im Ministerium des Innern allerdings vertraulich stattfand, wurde festgestellt, daß die Verzeile nicht auf dem Wege der Gesetzgebung erledigt werden solle. Die einzelnen Kassen werden also auch für die Folge mit den Verzeilen übereinzukommen suchen müssen. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen werde von verschiedenen Seiten bedroht. Die Kassen wolle aber die Selbstverwaltung unter allen Umständen unter der Ordnung aufrechterhalten, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam unter Aufsicht der Verwaltungsbehörden die Geschäfte führen. Dabei gebühre, weil die Krankenkassen für die Arbeiter geschaffen worden seien, diesen der Vorrang. Sollte man aber im kommenden Winter vom Reiche aus die Selbstverwaltung zu beseitigen versuchen, dann gelte es das Volk aufzurufen, um die schädlichen Einflüsse vom Reiche abzuwehren.

Herr Mentzland v. Magdeburg bemängelt die Anordnung des Stoffes in dem gedruckten Jahresberichte, wünscht auch, daß in dem Bericht eine summarische Uebersicht der Rechtsprechung gegeben werden möge. — Graf v. Frankfort a. M. macht gleichfalls Vorschläge zur besseren Ausgestaltung des Jahresberichts. — Fräbörj bittet, dem Vorstande auch die

Urteile der Gerichte zuzustellen. Die gerügten Mängel würden behoben werden.

Prof. Dr. Francke-Berlin referierte sodann über „Gewerbekrankheit und Unfall“. Die nationale Produktion werde nicht dadurch geschädigt, daß der Arbeiterschutz weiter ausgedehnt werde. Produktionszweige, die angeblich einen geeigneten Schutz der Arbeiter nicht vertragen könnten, hätten seiner Meinung nach keine Existenzberechtigung. Er führte einige Pläne und Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes an, durch welche Gewerbekrankheiten von Betriebsunfällen unterschieden werden. Allein die Grenze zwischen Gewerbekrankheit und Betriebsunfall könne nicht so scharf gezogen werden. Die chronischen Vergiftungen in Betrieben stellen zum Beispiel Gewerbekrankheiten, akute Vergiftungen Unfälle dar, so habe das Reichsversicherungsamt entschieden. Selbst Erbblindung und Loh- an langandauernder Blind- und Blindheit sei nur als Gewerbekrankheit, solche Vergiftung nach zehnjähriger Arbeit in dem Betriebe als Unfall betrachtet worden. Chronische Vergiftungen nach Annahme von Autoritäten auf dem Gebiete der Giftkenntnis die Summe einer Reihe von Einzelvergiftungen, die zeitlich, aber nicht räumlich und täglich aufeinander zu folgen brauchen. Durch eine große Anzahl von höchsten Entscheidungen demonstrierte der Referent den Unterschied zwischen Gewerbekrankheit und Unfall. Die Schwierigkeit, den Unfall zu erkennen, liege in der Sache selbst, wo der Begriff Unfall sehr dehnbar sei. Es sei aber zu erstreben eine wesentliche Einschränkung der Grenzlinie zwischen Unfall und Gewerbekrankheit. Richtig sei der Grundsatz, daß der Unternehmer für die Sicherheit in seinem Betriebe zu sorgen habe, und zwar habe der Unternehmer auch allein die Kosten der Unfallversicherung zu tragen, ohne Zuziehung der Arbeiter und des Reiches zu den Kosten. Die Unternehmer dürften aber auch nicht allein über die Rentenfestsetzung bestimmen, da bei ihnen begrifflicherweise die Neigung vorhanden sei, die Arbeiter mit ihrer Rentenforderung abzuwehren. Sie seien Belastete und Richter zugleich, wodurch viel Streit und Enttäuschung hervorgerufen werde. Auf der einen Seite melde die Arbeiter vielfach jede Verletzung als Unfall an, und auf der anderen Seite berichten die Arbeitersekretariate und Gerichte vielfach über den vielen Streit, der über die Unfälle entsteht. Er könne nicht glauben, daß die Arbeiter Rentenlanger seien. Die Arbeiter sind weit mehr für die Erhaltung ihrer Gesundheit besorgt, als für die Erlangung von Renten. Wie wenig solche Renten begehrenswert seien, gebe daraus hervor, daß die Rente für Unfallverletzte im Jahre 1907 im Durchschnitt nur 197 Mark betragen habe. Es werde allerdings viel gellagt über die Abschaffung der Arbeiter bei der Beschäftigung an die Gefahren, wodurch mancher Unfall hervorgerufen werden möge. Hier sollten die Gewerkschaften und Krankenkassen aufklärend wirken. Man könne allerdings nur wünschen, daß Arbeitgeber, welche der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze gegenüber lässig seien, weit strenger bestraft werden sollten, als es jetzt geschieht. So müßte aber auch in besonders schweren Fällen mit den Arbeitern verfahren werden, welche die Unfallverhütungsvorschriften umgehen. Wenn gewissenhaft nach den Bestimmungen der §§ 120 und 121 der R.-G.-O. gehandelt würde, würde man weit weniger Gewerbekrankheiten und Unfälle haben. In Bezug auf die Gewerbeaufsicht müßte der § 139 der R.-G.-O. dahin abgeändert werden, daß auch technisch gebildete Ärzte und Arbeiter als Aufsichtsbearbeiter angestellt werden müßten. In Süddeutschland sei man in dieser Beziehung schon vorangegangen, und zwar mit gutem Erfolge. Insbesondere sei auch die Verzerrung der Arbeitszeit ein wirksames Mittel zur Vermeidung der Unfallziffern. Darüber seien sich alle Ärzte und Sachverständigen einig. Manches Produktionsmittel, wie Bleiweiß usw., müsse als besonders gesundheitsgefährlich aus den Produktionsbetrieben ausgegliedert werden. Leider seien hierin nur erst die Eisenbahnen in Baden vorangegangen. Bei Bauten und besonders gefährlichen Betrieben, zum Beispiel an Kreiselöfen, Frösmaschinen usw. müßte die Arbeit als unfallsfördernd verboten werden. Durch ein reiches Zahlenmaterial aus den Berufsgenossenschaften bewies der Referent die Notwendigkeit der Eindämmung der Unfallkatastrophe. Die jetzt geltenden Bestimmungen und Methoden müßten abgeändert werden. Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Herr v. Baurer-Berlin ist mit den Ausführungen des Referenten im allgemeinen einverstanden, nicht aber mit dessen Schlussfolgerungen. Die lange Arbeitszeit wirke, wie der Herr Referent mit Recht ausgeführt habe, unfallvermindernd; eine Forderung nach dieser Richtung hin sei in den Verträgen des Referenten aber nicht enthalten. Die Gewerbekrankheiten müßten

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Bühne als Kampfbühne. Ein sonderbarer Beitrag zur modernen Theatergeschichte wird der „Mensch. N. N.“ aus Dresden mitgeteilt: Francesco Gioli, der Heldenspieler der Vereinigten Breslauer Theater, führt heute die Sommerdirektion in dem bekannten schlesischen Kurort Bad Landeck. Dasselbst gelangte dieser Tage „Die Schmetterlingsflucht“ von Sudermann zur Aufführung, deren Theaterzettel am Kopfe ankündigte:

„Erste Vorstellung zu ganz kleinen Preisen.“

„Billig! Sudermann-Abend. Billig!“

Hierauf folgen der Titel und das Verzeichnis der Darsteller, woran es in dem von manchen sogenannten Ausverkäufen bekannten Kellamessel weiter heißt:

„Das Beste zu kleinen Preisen!“

„Billiger Ausnahmestag!“

„Billigste Einheitspreise!“

Bei solchen löblichen Versprechungen kann es täglich nicht mehr Wunder nehmen, wenn auf demselben Bettel für den folgenden Tag:

„Das neueste Militärkostümel: Reiterattade.“

„Mit neuen Uniformen“

angekündigt wird. Jedes größere Warenhaus könnte auf diesen Direktor als Kellameßel stolz sein.

Ausgrabungen am Theodorich-Palast. In den nächsten Tagen wird man in Rabenna auf dem Platze, auf dem einst der Palast Theodorichs des Großen stand, mit systematischen Ausgrabungen beginnen. Der italienische Unterrichtsminister hat seine Zustimmung gegeben, und Professor Gherardini, der schon die Ausgrabungen in Bologna geleitet hat, wird die Leitung übernehmen. Durch eine Fülle historischer Zeugnisse und durch mehrere Entdeckungen kann man jetzt mit Sicherheit den Platz, auf welchem in alter Zeit, zwischen der Stadtmauer, der Kirche Sant' Apollinare Nuovo und der Via Meroni, der Palast Theodorichs emporragte. Wie der Palast einst aussah, weiß man durch ein aus dem 6. Jahrhundert stammendes Mosaikbild, auf welchem er von Säulenhallen umgeben, mit einem von hohen Säulen getragenen Stempel in der Mitte erscheint. Das Gebäude war sehr groß und reich geschmückt; man weiß auch, daß es aus mehreren Teilen bestand, und daß es ein Trilithon, das heißt einen großen Speiseaal, hatte. Was die Ausgrabungen betrifft, so sprechen die Geschichtsschreiber von imposanten

marmornen Wandbekleidungen und von Mosaiken; zwei dieser Mosaikbilder stellen Theodorich im Panzer hoch zu Ross dar, mit dem Schwert in der Rechten und der Lanze in der Linken. Einen großen Teil dieses Marmorgrundes und dieser mosaikischen Bilder nahm, mit Erlaubnis Sabrias I., im Jahre 784 Karl der Große mit, wie er auch eine Reiterstatue Theodorichs aus vergoldeter Bronze mitnahm; diese Statue war aber vermutlich ein aus weit älterer Zeit stammendes Kunstwerk, das zu Ehren Theodorichs umgeformt war. Der Palast wurde von allen Seiten umgeben und wurde später Wohnsitz der Erzbischofe und der Longobarden; im Jahre 751 schlug hier Arnulf seine Residenz auf. Dann blieb der Palast verfallen, und die Folge war, daß ganze Teile abbröckelten und nach und nach verschwanden. Im Jahre 1295 führte der Papst ein, dann wurden die abgebrochenen Teile als Baustoff für die Schatzkammer des Papstes verwendet. Unter der Erde liegt also noch der größte Teil des Erdgeschosses mit den Ueberresten der Wände. Die einzelnen Gemächer bildeten, und den großen Mosaikboden des Fußbodens. Die Ausgrabungsfläche mißt mehr als 3000 Quadratmeter.

Aus aller Welt.

Donauerschiffen nach dem Brande. Dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen wir folgende Schilderung: Ein ganz anderes Bild bietet sich heute den Scharen von Pilgern, die den kleinen Bahnhofs der Schwarzwaldbahn verlassen und in das Ruinenviertel strömen. Die Bewohner sind nicht mehr die behäbigen-gemüthlichen Untertanen einer fürstlichen Residenz, nein, sie haben sich über Nacht in tatkraftig sorgende Bürger und Menschen von fast amerikantischer Geschäftigkeit verwandelt. „Die Fremden sollen nur noch längere Zeit unser armes Städtchen in solchen Massen aufsuchen, wir danken allen Spendern von Gaben und Geldmitteln, aber wir wollen auch selbst mitwirken. Verzeih mir Geld.“ So sprach ein älterer angesehenener Donauerschiffer, als er mit einer kleinen Kamera Aufnahmen machte. Er will Anstaltskassen in großen Mengen herstellen lassen, um sie in ganz Deutschland zugunsten der Obdachlosen zu vertreiben, das heißt wirklich Obdachlose wird niemand mehr hier antreffen können. Wer nicht beim Mitbürger, beim Fürsten oder im Gasthof unterkommen hat ein Feldlager in der Festhalle desogen. Von der kleinen Bühne mit lustigen Puffeln und dem rotgoldenen Vorhang bis an die Saalränder stehen laubere Betten aus dem Bestände der Artregimentsformationen in Reihe und Glied. Zu jedem Bett gehört ein Stuhl und ein lauberes Handtuch. Zwei Nebenstühle sind als Frauen- und Krankenabteilung eingerichtet.

Nicht hinter dieser Festhalle, am Selbstschußfeld des Städtchens, liegt der eigenartige Brandherd. Einige sprachen in ihren Reden von Kindern mit Streichhölzern, unbeaufsichtigtem Herdfeuer und dergleichen mehr. Doch genügt wohl die jetzt von Sachverständigen abgegebene Erklärung, daß der Brand in dem mit Motoren versehenen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe eines Arbeiterbürgers als Ursache des Brandunglücks anzusehen ist. Von diesem Gehöft aus steigt das flüchtige Gelände glückselig bis zum Kaiser Wilhelm-Denkmal an. Dort stehen auch die Reste des stattlichen Rathauses, der Spar- und Wasserwerke, der Finanzabteilung und anderer wichtiger Steinhäuser, die sämtlich Hageledung hatten. Bis hierher und darüber hinaus noch auf einige Dächer hatte der Weststurm die geringen Flammen und Lawende von brennenden Holzstücken getrieben. Hätte der Wind dann am Abend des 6. August seine Richtung nicht geändert und sich in starken Ostwind verwandelt, so wäre ohne Erbarmen die Stadt bis auf das letzte Haus verbrannt. So aber gestaltete der Wind nach Verhängnisvoller im brennenden Material desto radikaler; was noch verblieben war, wurde jetzt Nacht auf dem Rückweg der Flammen noch ein Raub des Feuers. Fast ein Drittel seiner Gebäude hat die Stadt eingebüßt, die selbst noch nicht viertausend Einwohner zählt, täglich jetzt aber über achttausend Fremde einströmen sieht, die alle zu versorgen sind.

Sehen wir durch die schon geschriebenen, meist recht breiten Straßen, so treffen wir an einzelnen Orten große Heide, wie sie die Schäferplätze waren. Dort wird Bier, Backwaren und Wurst verkauft; einige abgebrannte Wirthe haben Konzepte an der Erziehung von Notwendigen erhalten. Die Behörden arbeiten überhaupt trotz der meist fehlenden Auenstücke und Vorgänge überaus ruhig und nützen die Stunden bis zum späten Abend aus, um allgemeine Ordnung zu schaffen oder in Sitzungen mit Vertretern der Regierung und telegraphisch herbeigezogenen Sachverständigen über das fernere Schicksal der Stadt zu beraten. Der vor zwei Jahren entworfene Rekonstruktionsplan wird auch jetzt noch als gut und für die veränderten Verhältnisse als durchaus brauchbar anerkannt. Nicht tote in Mannen und teilweise Parfüme nach Schablone, sondern nur nach künstlerischen Gesichtspunkten sind die neuen Straßenzüge festgelegt worden.

Eine erschütternde Liebesgeschichte. Nach ihrer Entlassung aus dem Irrenhause hat sich die in der Gollnowstraße in Berlin wohnhafte 35-jährige Modistin Katharina Preislich das Leben genommen. Die Modistin besaß seit Jahren ein geliebtes Pflanzengärtchen und hatte die Bekanntschaft eines Rentiers gemacht, mit dem sie sich verlobte. Sie übergab dem Bräutigam, der ein Pflanzengärtchen gründete, ihre geliebten Pflanzensachen, die hier jedoch kaum verwendet, um damit nach Amerika zu fahren. Dem Verlobten

ebenfalls entschädigt werden wie die Betriebsunfälle. Ein Arbeiter, der plötzlich betungelide, erhalte eine Unfallrente, der andere aber, der bestimmt ist, daß er noch einer bestimmten Arbeit in einem Betriebe ausgedient, nicht mehr zur Arbeit verwendbar sei, werde abgewiesen, obgleich er durch den Betrieb körperlich ruiniert worden sei. Die Rechtfertigung des Reichsversicherungsamtes werde von Jahr zu Jahr für die Arbeiter ungünstiger, was auf den Einfluß der Unternehmer zurückzuführen sei. Man müsse die Forderung mit erhellen, daß Gewerbebetriebe den Unfällen in Bezug auf die Gewährung der Rente gleich zu achten seien.

Frankfurt a. M. kritisiert die Rechtlosigkeit der Krankenkassen, die als Abschmelzer der Versicherungsbeiträge betrachtet werden. Den Krankenkassen müssen die Kosten für die Unfälle abgenommen werden. Aus seiner reichen Erfahrung über die Kostenträgerung aus den höchsten Verdiensten gibt er traurige Beispiele bekannt, bei denen Arbeiter als Gewerbebetriebe nach kurzer Beschäftigung in dem Betriebe dauernd invalide werden. Eine Unfallrente erhalten die Arbeiter aber nicht. Die Familien solcher verstorbenen Invaliden erhalten auch, obgleich ihnen der Ernährer durch den Betrieb entfallen ist, keine Rente, das sei ungerecht. Er sei für die Abänderung der Beiträge. Professor Dr. Franke bemerkt, er müsse an seiner Meinung festhalten. Er gebe den Mittelweg und werde von den Arbeitgebern bei der Verteilung seiner Meinung jedenfalls nicht mehr angefeindet. Er habe nichts dagegen, daß den Krankenkassen die ihnen auferlegten Kosten für Unfallverletzte abgenommen werden. Die Behandlung der Gewerbebetriebe den Unfällen gleich werde wohl nicht durchgeführt werden können. Nicht derjenige sei rabulal, der die schärfsten Forderungen aufstelle, sondern der, der das Erreichbare fordere. Er habe von den beiden Diskussionsrednern als Theoretiker reichen Genie und Entschlossenheit für sein Streben empfangen und werde sich freuen, auch an den kommenden Tagungen des Verbandes teilzunehmen zu dürfen.

Die Versammlung beschloß mit großer Majorität folgende Beschlüsse:

1. Gewerbebetriebe und Betriebsunfälle sind Folgen der Betriebslosigkeit und daher auch in der Versicherungslegung einheitlich zu behandeln.
2. Es muß das Bestehen von Wissenschaft und Praxis sein, die gesundheitliche Schädigung der Arbeiter durch die Betriebslosigkeit einzuschränken.
3. Gewerbebetriebe und Betriebsunfälle müssen durch gründliche Durchführung und umfänglichen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung propagandistisch bekämpft werden. In ersterer Hinsicht ist namentlich die Heranziehung von Ärzten und Vertrauensmännern der Arbeiterklasse zur Gewerbeaufsicht notwendig. In der zweiten Richtung liegt die Verkürzung der Arbeitszeit, das Verbot der Verwendung entbehrlicher Gifte, Stoffe und gefährlicher Arbeitsstoffe.
4. Bei der Untersuchung des Betriebsunfalles und der Festlegung der Entschädigung ist die obligatorische Anziehung von Arbeitervertretern und Ärzten zu fordern. Die erste Instanz für die Entscheidung soll ebenso wie das Schiedsgericht der Arbeiterversicherung paritätisch besetzt sein und als lokale Rentenstelle fungieren. Hierzu haben Berufsvereine, Arbeitervereine und Krankenkassen Beiträge zu entsenden. Die Unfallversicherung wird erst dann ihre Wirkung voll entfalten, wenn sie die Arbeiterklasse zur Mitwirkung heranzieht.

Professor Franke dankte dem Referent wie folgt abgefaßt: Gewerbebetriebe und Betriebsunfälle sind ihrer Entstehung nach ihrem Wesen nach grundverschieden und sind daher auch in der Versicherungslegung getrennt zu behandeln.

Der von ihm beantragte Absatz 3 lautete: Gleichwohl gibt es ein Grenzgebiet zwischen Gewerbebetriebe und Betriebsunfälle, auf dem eine Unterscheidung schwierig, zweifel und Irrtum häufig ist.

Dieser Absatz wurde abgelehnt. Absatz 3 der Beschlüsse hatte der Referent wie folgt gefaßt: Es muß das Bestehen von Wissenschaft und Praxis sein, die gesundheitliche Schädigung der Arbeiter durch die Betriebslosigkeit einzuschränken. Verfügungen z. B. sind jenseits als Betriebsunfälle anzusehen, ebenso die Turnkranke (der Vergleiche), der Unfallrenten.

Dafür wurde auf Antrag Bauer-Berlin, Gräfe-Frankfurt am Main u. a. m. die schärfere vorstehende Fassung beschlossen. Ueber die Verhältnismittel bei den Krankenkassen referierte Herr Kollender-Gelzig, der folgende Beschlüsse im Vorschlag brachte:

Das System der Verhältnismittel ist das gerechteste und deshalb seine allgemeine Einführung durch zwingende gesetzliche Bestimmungen anzustreben, da die Verhältnismittel unter der heutigen Fassung des Krankenversicherungsgesetzes als unzulässig angesehen wird. Weil bei ihr nicht diejenige Freiheit und Gemeinheit der Wahl besteht, die § 37, Absatz 3 des Gesetzes gewährleistet. Das preussische Oberverwaltungsgericht erklärt in der für die Verhältnismittel notwendigen Aufstellung der Kandidatenlisten und deren Einziehung an die die Wahl leitende Stelle eine unzulässige Einschränkung der Wahlfreiheit, weil wenigstens eine Anzahl von Wahlberechtigten von vornherein gezwungen ist, durch Aufstellung, Interzeichnung und

Einziehung einer Vorklagesliste öffentlich zu bekunden, wenn sie wählen wollen und damit wenigstens für sich auf die Geheimhaltung der Wahl verzichten. Danach hat die Einführung der Verhältnismittel bei den Krankenkassen eine Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes zur Voraussetzung.

Ueber Mitgliedsbuch und Quittungsbuch referierte Herr Hesse-Dresden, der eine einheitliche Mitgliedskarte empfahl. Dem widersprach Herr Müller-Bremerhafen, der Uebersehen hätte, wenn man über die Abschaffung der Mitgliedsbücher beraten hätte. In Bremerhafen habe man die Mitgliedsbücher seit mehreren Jahren abgeschafft und mit gutem Erfolge.

Partei-Angelegenheiten.

Eine taktische Meinungsverschiedenheit.

Wir lesen im gestrigen „Vorwärts“: Die „Leipziger Volkszeitung“ bietet in ihrer Nummer vom 8. August um Antwort auf eine wichtige Partisanfrage. Sie stellt mit, daß sie von verschiedenen Seiten, das erste Mal schon vor Wochen, erfahren habe, daß die sächsischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten auf einer Konferenz in Stuttgart beschloßen hätten, in Zukunft für das Budget der Einzeltagung zu stimmen. Unser Leipziger Bruderorgan erwidert um schneidende Beantwortung der Frage, was an dieser ihr gewordenen Mitteilung Wahres sei.

Wir wollen an unserem Teil, soweit uns das möglich ist, die Frage der „Leipziger Volkszeitung“ beantworten. Auch sind, allerdings erst kürzlich, über eine solche Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten der sächsischen Staaten Nachrichten zugegangen. Danach fand diese Konferenz zu Pfingsten in Stuttgart statt. Auch soll tatsächlich über die Frage der Budgetbewilligung verhandelt worden, jedoch ein Beschluß, einstimmig für das Budget zu stimmen, nicht gefaßt worden sein. Doch soll der Vorsitzende in seinem Schlusswort das Ergebnis dieser Verhandlungen dahin zusammengefaßt haben, daß von den sozialdemokratischen Fraktionen Süddeutschlands eine Bestätigung des Beschlusses des sächsischen Landtags anzufragen sei, der, mit Ausnahme „ausnahmsweise zwingender“, in besonderen Verhältnissen liegender Umstände, die Ablehnung des Budgets zur Pflicht machte.

In dieser Konferenz in Stuttgart waren Vertreter der Parteiorganisationen nicht hinzugezogen, auch sind die Verhandlungen durch die Presse der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden. Wir halten diese Geheimhaltung für absolut unangebracht. Solange sich Besprechungen von Parteifunktionären nur auf soziales technische, die Partei selbst nicht interessierende Fragen beschränken, ist gegen ihre gewissermaßen private Veranstaltung nichts einzuwenden. Sobald jedoch, wie bei der Stuttgarter Konferenz, wichtige Parteifragen erörtert werden, hat die Partei das Recht, ja die Pflicht, die Verhandlungen zu kontrollieren. Nur weitestgehende Offenheit in der Erörterung und der Beschließung von Fragen von allgemeinem Parteinteresse ist als Pflicht der Parteiorganisationen und den davon nicht zu trennenden Parteimitgliedern anzusehen.

Reiter ist damit die Angelegenheit noch nicht zu Ende. Der Parteivorstand erkundete vor einigen Tagen, daß die badische Landtagsfraktion — wohl unter dem Einfluß der Verhandlungen der Stuttgarter Konferenz — beschloßen, und zwar mit freieswegs großer Stimmenmehrheit beschloßen habe, bei der bevorstehenden Abstimmung über den Etat für das Gesamtbudget zu stimmen. Unterm 4. August richtete deshalb der Parteivorstand an den Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie die Bitte, ihm möglichst bald eine bestimmte Nachricht darüber zukommen zu lassen, was an diesen Dingen Wahres sei. Unglücklicherweise erhielt darauf der Parteivorstand von dem Landesvorstand eine laienhafte Mitteilung vom 7. August, daß der Landesvorstand am 6. August mit der Landtagsfraktion eine gemeinsame Sitzung abgehalten habe, über deren Ergebnis — „vorläufige Schweigegedächtnisse“ worden sei. Der Landesvorstand sei deshalb nicht in der Lage, der Aufforderung des Parteivorstandes zu entsprechen!

Der Parteivorstand telegraphierte darauf sofort nach Mannheim zurück, daß es für ihn keine Schweigegedächtnisse gäbe. Er bitte solche Änderungen gefälligst zu unterlassen und nunmehr eingehend Bericht zu erstatten. Darauf ist der Parteivorstand bis jetzt, Montag Abend, ohne weitere Antwort geblieben!

Wir ziehen aus diesem in der Geschichte der Partei wahrcheinlich einzigartigen Vorgang vorläufig nur zwei Schlüsse. Erstens: daß die Meldung über die Absicht der badischen Landtagsfraktion offenbar den Tatsachen entspricht. Zweitens: daß sich in gewissen Kreisen unserer sächsischen Genossen eine Lust an Geheimniskrämerei herausgebildet hat, die nicht einmal dem Parteivorstand die Akten aufdecken will, geschweige denn der Masse der Genossen, die hoch aber in einer demokratischen Partei gerade die oberste, d. h. möglichst gut zu informierende Instanz bilden!

Auf die Frage der Budgetbewilligung selbst wollen wir heute nicht näher eingehen. Nur das sei betont, daß es auf weiteres der Reichstag des sächsischen Parteitagbes besteht!

Und das weitere, daß eine Budgetbewilligung gerade heute, angesichts der Reichsfinanzreform und des Wahlrechtskampfes, im auch die Vertreter der sächsischen Staaten im Bundesrat die preussische Reaktion streupellos unterstützen, heisse Enttäuschung auslösen müßte!

Mit allem Nachdruck aber möchten wir hier Protest erheben gegen ein System der Geheimniskrämerei und Sonderbedenken. Das jede Demokratie und Einheit der Partei zunichte macht. Und wir sind überzeugt, daß die Mehrheit unserer sächsischen Genossen selbst ein solches System am schärfsten verurteilen wird!

Auch wir vermögen nicht einzusehen, was die sächsischen Genossen veranlassen kann, ihre Beschlüsse zu verheimlichen. Wenn sie eine Revision des sächsischen Beschlusses beabsichtigen wollen, so ist das natürlich ihr gutes Recht ebenso wie man im Norden Anträge stellen kann, denselben noch enger zu fassen, als er bisher lautet. Dabei läge keine Ursache zum Schweigegedächtnis vor. Und die Bewilligung des badischen Etats unter Verfassung auf die sächsischen Ausnahmebestimmung ist ebenfalls in Süddeutschland nicht zum ersten Male erfolgt, so daß auch hier nichts zu verheimlichen wäre, umso mehr als die Reichsfinanzreform im vorliegenden Budget noch gar keine Rolle spielt und was die Wahlrechtsfrage anlangt, Baden uns ja Agitationsmaterial geliefert hat, nicht aber der preussischen Regierung. Ebenso ausgeschlossen ist dann auf der anderen Seite die Bewilligung des badischen Etats, der ja auch Militär-Ausgaben umfaßt. Handeln also die Genossen in Verhöhnung der bisherigen Grundzüge, so brauchen sie nichts zu verheimlichen. Freilich will uns die Art, wie der „Vorwärts“ die Debatte über die alte taktische Meinungsverschiedenheit einleitet, nicht gerade glücklich erscheinen. War es nötig, eine scharfsinnige kriegsgeschichtliche Anklage gegen die „Leipziger Volkszeitung“ an die Spitze des Briefes zu setzen und Lebenswichtigkeiten wie das Wort „Kindereien“ in die Öffentlichkeit zu trumpfen, sobald die heftigen bürgerlichen Blätter das willkommenere Futter schon fanden, ehe der „Vorwärts“ am Orte eintraf? Wir glauben, je mehr man unsere Sache nur, wenn wir die taktische Meinungsverschiedenheit in genossenschaftlicher Tone debattieren und die Streitfragen so behandeln, daß der einzelne Genosse dabei was lernt. Wenn der „Vorwärts“ denselben fulminanten Titel dem in der Beilage enthaltenen Wahlereinsbericht aus Niederbarnim gegeben hätte, würde er wohl selber fühlen, wie unangebracht er ist. Wer also nicht will, daß sich die parteiethischen Formen vergangener Auseinandersetzungen wiederholen, der sollte seinen polemischen Artikel von vornherein in entsprechendem Sinne führen.

Erlebigte Reichstagskandidatur. Genosse Wilhelm Spöner in Cottbus bei Dresden hat die Reichstagskandidatur für den dritten Wahlkreis (Gauern-Kammer) niedergelegt. Der Grund dafür ist zunehmendes Alter und Krankheit. In der „Leipziger Volkszeitung“ widmet ein alter Parteifreund unserem Genossen eine ihm ehrende Würdigung seiner Verdienste um die Entwicklung der Partei im Reich. Genosse Spöner kandidierte 1893 zum ersten Mal und erhielt 3622 Stimmen. Im 1903 vereinigte er 9191 Stimmen auf sich und kam in die Stichwahl, bei der er 11 887 Stimmen erhielt, während der Antikemittel-Genosse mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien 4000 Stimmen mehr erhielt. Bei der letzten Votantenwahl ging die Stimmenzahl trotz der bekannten immer Gehe der Gegner nur um 276 zurück. Im Laufe der Jahre hatte sich Spöner in unserem weitverbreiteten Kreise, heißt es in dem Artikel, bis in die entferntesten Orte persönlich bekannt gemacht, und seinen schlichten, einfachen Auftreten, seiner strengen Sachlichkeit ist es zu verdanken, daß unter Kreis es zu einer solchen Stimmenzahl brachte und daß es auch bei den ehrlichen Gegnern Achtung genies. Die Aufregung und die unermüdbare Arbeit bei der Wahl hat aber wohl seiner Gesundheit einen heftigen Stoß versetzt. Die Genossen im Kreise werden stets seine Arbeit ehrend anerkennen und seiner oft und gern gedenken.

Zum Parteitage. Der sozialdemokratische Verein in Königsberg beantragt beim Parteitag in Nürnberg: Zur Landarbeiterfrage:

„Der Parteitag wolle beschließen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Die Landarbeiterfrage und die Landarbeiterorganisation.“

Antrag betreffend Rekrutenabschiedsfeiern:

„Der Parteitag empfiehlt allen Parteilorten, denen geeignete Rekruten an Gebote stehen, im September jeden Jahres, möglichst im Einverständnis mit den Gewerkschaften eine Rekrutenabschiedsfeier zu veranstalten, in der, neben geselligen Unterhaltungen, die zum Militär einberufenen Genossen noch einmal an ihre innere Zusammengehörigkeit mit ihren Klassen Genossen erinnert und über ihre militärischen Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollen.“

Zur Förderung der Bildungsbestrebungen, insbesondere auch unter der Jugend, haben Partei und Gewerkschaften in Nürnberg und Fürth in Gemeinschaft mit den Gauen Nordbayern beschlossen, eine ständige Lehrkraft im Hauptamt für Nordbayern anzustellen. Das Amt hat Genosse Dr. W a r e n b e r g e r, früher in Breslau, jetzt in München, bereits übernommen, der seine Tätigkeit am 1. Oktober d. J. antritt.

gelang es, sich bräuen eine lohnende Beschäftigung zu verschaffen; die Bescheid brachte sich vor, die Reise nach Amerika anzutreten. Da erhielt die Modistin kurz vor ihrer Abreise einen Brief ihres Bräutigams, in dem ihr dieser mitteilte, daß er die Verlobung aufhabe, und daß er sich bereits vor vier Wochen mit einer wohlhabenden Amerikanerin verheiratet habe. Die unglückliche Frau nahm sich die Todesangst des Geliebten demühtig zu Herzen, daß sie in Tobensucht verfiel und noch der Irrenanstalt in Paderborn übergeben worden mußte. Dort blieb sie Monate hindurch und wurde erst vor acht Tagen als geheilt aus der Anstalt entlassen. Die Modistin nahm nun wieder ihre Tätigkeit auf, doch scheint sie den Trauolsten nicht haben vergessen zu können. Als sie sich am Sonntag allein in ihrem Zimmer befand, erkrankte sie an einem Erysipel. Ein sofort hinzugerufenen Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod der Lebensmüden feststellen.

Ein Erysipel im brennenden Wald. Auf der Bahnstrecke zwischen Tiffon und Oporto ist, wie wir bereits hier meldeten, infolge der großen Hitze und Dürre am 23. August ein Waldbrand ausgebrochen. Das Feuer breitete sich durch den ungelassenen Hauch, der dort die Segel bedeckt, mit großer Schnelligkeit aus. Als der Brand seinen Höhepunkt erreicht hatte, fuhr der Erysipel von Tiffon, der im schifflichen Tempo am eine Lokalbahn kam, mitten in den in Flammen stehenden Wald hinein. Der Maschinenführer ist es unglück gewesen, den Zug zum Stehen zu bringen, während der Erysipel durch die brennende Strecke, die sich auf mehrere Kilometer erstreckte. Von den Passagieren, denen sich ungeheure Aufregung bemächtigte, und deren wahnsinniges Hilfergeschrei von einem Wagen zum andern drang, ist nicht ein einziger unversehrt geblieben. Viele von ihnen haben die furchtbaren Brandwunden erlitten. Die Wagen des Zuges waren von der Hitze völlig verformt, und einzelne hatten bereits zu brennen angefangen, als der Zug die furchtbare Strecke hinter sich hatte. Zahlreiche verletzte Reisende haben im Hospital zu Oporto Aufnahme gefunden. Die portugiesische Lokalbahnverwaltung hat bisher das Bekannwerden von Einzelheiten über den entsetzlichen Brand zurückgehalten.

Vom Pariser Salon. Der von der Generalverwaltung bestellte Pariser-Salon steht unmittelbar vor der Annahme durch das Reichsministerium. Die Historisch-ethnologische Kommission in Paris hatte sich zum Einsetzen der Arbeit des seit einiger Zeit in Paris verweilenden Pariser-Salons einige Zeit ausgedehnt, die ihr vom Reichsministerium bereitwillig gewährt wurde. Die Vorbereitungen für die Abreise des Reichsorgans sind sehr rasch und brennend voranschreitend. Das Organ wird am 20. August nach Paris abgehen.

verpaßt und an einem vom Kriegsministerium zu bestimmenden Platz gefahren werden. Es ist dann an Ort und Stelle zu stellen und zum Aufzug zu bringen. Die Fahrkarte, die von der Heeresverwaltung verlangt wird, beträgt zwölf Stunden ohne Zwischenlandung.

Mit dem Ballon über die Alpen. Der in Jansbrud aufgestiegene Ballon „Kamoka“ mit Dr. Dröckmann (Berlin) und Hauptmann Büchel (Leipzig) ist nach achtstündiger Fahrt über die Zentralalpen glatt auf einer 1500 Meter hohen Bergspitze bei Pizzen gelandet. Die Ballonfahrt gedauerte bei prachtvollem Wetter zwei Tage lang auf der Benedictinergrube, die Dolomiten, den Doler und die Hüllenthal Alpen. Die Fahrt ermöglichte eine große Zahl photographischer Aufnahmen.

Die Fingerringe Wrights. Wilbur Wright unternahm Montag Abend drei Probestöße, von denen der erste infolge falscher Bedienung des Flugapparates mißglückte. Beim zweiten Versuch erhob sich die Flugmaschine etwa 10 Meter hoch und legte mehr als 200 Meter zurück. Der Versuch mußte wegen schlechten Motorantriebes unterbrochen werden. Das dritte Mal flog Wright etwa 15 Meter hoch auf und beschrieb in der Luft zwei vollständige Achten. Dieser letzte Probestoß dauerte eine Minute. Der Grund, der Wright auf größere Fingerringe noch verzichten läßt, ist der, daß er seinem verletzten rechten Arm noch nicht größere Anstrengungen zumuten kann.

Die Eisenbahnkatastrophe in Gohlsheim. Die beiden Zugbeamten, die das Unglück auf der Kleinbahnstrecke Kumbhof-Satron-Fleischburg verurteilt haben, sind, wie sie angeben, vom Dienst überanstrahlt gewesen. Die Unfallstelle wurde von ansehnlichen Menschen aus Fleischburg und der Umgebung besucht. Auf einem Feld, das mit Erbsen bepflanzt ist, hatte man das Lager für die bei einer Personenzug herangezogen waren, um ihn bei Überladung zu machen. Ferner waren mehrere Körbe aus dem Wagen in die Höhe geworfen. Von dem Zug, der im Keller der Fleischburg des Kumbhof-Dampfbetriebes aufgefahrt sind, konnten mit Sicherheit nur fünf Personen festgestellt werden. Die Leichen waren derart verkrüppelt, daß die Identifizierung nur unter Hülfsmitteln der in den Umkleen brennlichen Namen oder der Kleidung geschehen konnte. Oberbürgermeister Dr. Tolben aus Fleischburg trat noch in demselben Nacht an der Unfallstelle ein und hielt dort mehrere Stunden lang Reden, bei denen die Leidenden unterrichtet wurden, daß die Identifizierung der Leichen der Eisenbahnverwaltung, den die Fleischburg generell überlassen, in Fleischburg ein und wenn ein Protokoll an. Die Kumbhof-Satron-Fleischburger Bahn ist Eigentum des Land-

kreises. Da dieser nur zum Teil gegen Haftpflicht versichert ist, wird der Kreis die bedeutenden Entschädigungsansprüche zu zahlen haben. Die Beerdigung der Opfer erfolgt Donnerstag auf Kosten des Kreises.

Von einem Gendarm getödtet. Die Bluttat des Gendarmen-Wachmeisters Jude, der am 23. September 1906 in Stolpe an der Berliner Nordbahn unseren Genossen, den Zimmerer Adolf Herrmann aus Hohenneuborf, erschossen hatte, kam am 11. August vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebivision in Berlin zur Verhandlung. Wie die Zeugen, darunter der Bruder des Erschossenen, betunden, sei eine Gruppe von Arbeitern, die Nachts von einem Jagelabend nach Hause gegangen war, unterwegs in der Dunkelheit mit Fremden zusammengestoßen. In dem einen dieser Fremden habe man den Gendarmen Jude erkannt. Die Arbeitergruppe wäre nach einem Wortwechsel ruhig weiter gegangen. Dann kam jemand in gebückter Haltung auf zwei der Arbeiter zu und feuerte einen Schuß ab, der den Zimmerer Herrmann tödlich traf. Daran verschwanden die Gendarmen. Der Schuß war von Jude abgefeuert worden. Ein weiterer Zeuge, Knopf, gab an, daß beleidigende Äußerungen nicht gefallen seien. Ohne jeden Grund sei auf sie eingeschlagen worden. In gebückter Stellung habe der Angeschuldigte den tobdringenden Schuß abgegeben. Der Vorgang habe nur einige Minuten gedauert. So schnell wie die Gendarmen gekommen wären, so schnell seien sie auch wieder verschwunden gewesen. Der Verhandlungsleiter fragte den Bruder des Getödteten, ob er von Seiten der Partei über die Sache befragt worden sei, was er verneinte. Bekanntlich hat Abgeordneter Stadthagen am 6. Februar dieses Jahres die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht und die Tat des Gendarmen als Mord bezeichnet, worauf einblich die bis dahin unterbliebene Anklage gegen den Gendarmen Jude eingeleitet wurde. In der Verhandlung vom 11. August sprach das Kriegsgericht den Täter frei, weil durch die Zeugen-Anklagen die Sache nicht genügend geklärt worden sei.

Cholera und Pest in Rußland. In der Kirgisiensteppe des Gouvernements Astrachan ist am 23. Juli ein Todesfall infolge Cholera vorgekommen. Von den Kirgisien, die den Ort des Befalles besuchen, erkrankten in der Zeit vom 23. Juli bis 6. August acht Personen an Pest, drei starben. Die verstorbenen Drei wurden darauf absperrt, die Kranken isoliert und die Gärten, in

Arbeiterbewegung.

Unverkündigte Vorgänge beim Streik. Wie gestern gemeldet wurde, hatte sich eine Zweikümmerei für die Aufhebung des Streiks gefunden. Jetzt kommt folgende neue Nachricht: Eine heimlich veranordnete Versammlung der ausständigen Arbeiter beschloß, im Ausstand zu beharren. Es erklärten sich bei der Abstimmung 327 Mann für Fortsetzung und nur 65 Mann für Beilegung des Kampfes.

Der Konflikt gibt der „Post“ erwünschte Gelegenheit, gegen die Arbeiter und insbesondere auch gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. Die Bemühungen der Organisation, den Streik zu schließen, werden als Komödie hingestellt, der zweite Vorstoß des industriellen Verbandes — Kommerzienrat Mend — steht den Beweis für eine solche Behauptung darin, daß die Organisationen nicht zu Streikbrecherleistungen wurden.

Wenn die Arbeiter es ehrlich mit ihrem Protest gegen die Mieter meinen, hätten sie mit Beiläufigkeit aus ihren Reihen selbst Ersatzmänner für die Mieter stellen können, da sehr zahlreiche Personen unter ihnen die Mieterarbeit verstanden oder doch leicht erlernten.

Da aber die Arbeiter auf eine solche unverschämte Zustimmung nicht eingegangen sind, sind die Bemühungen, den Streik zu verhindern,

Komödie, um die breiten Massen über die geheime Behauptung berechtigter sozialdemokratischer Parteigänger hier zu täuschen. Doch wie dem auch sei, der Anteil der Sozialdemokratie an dem Stettiner Verfassungsverfahren ist mit Händen zu greifen. Somit fällt auch auf sie die Verantwortlichkeit für das Gelingen, welches ihre feibolen Quertreiberer in Befolge haben.

Wir würden diesen Blödsinn, mit dem sich die Schreiber der „Post“ Kaputtlaufen ihr Brot verdienen müssen, nicht erwähnt haben, wenn aus dem „Stettiner“ bezugsfähigen Phantasien nicht recht deutlich her wehtere Stöck erschöpflich hervorgeht.

In welchem Maße erkantete dann aber auch die vergrößerten Arbeiterausstände, von deren Tätigkeit die Sozialtheoretiker wahre Wunder für den sozialen Frieden erwarteten! Was nützen auch die stets so dringend empfohlenen Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Preußen? ... Wo die moderne Volksgesundheit ist wieder einmal etwas brüchig geworden. Die Sozialistensfreiheit ist in Stettin mutwillig mißbraucht worden zu einem Angriffstreit, zu einer bloßen Nachprobe. Sollten all diese Wahrnehmungen nicht endlich abkühlend auf den sozialpolitischen Eifer wirken?

Also: Rauf fort mit den Arbeiterausständen, fort mit den Tarifverträgen, fort mit der Koalitionsfreiheit! Und dann dreimal Heil dem Streik, der dem Schaschnadertum zum Segen ward! — Die „Post“-Redakteure müßen demnachst Zulage bekommen.

Jur Pariser Auslandsfrage. Die bürgerliche Blätter melden, hat eine Abstimmung der Pariser Gasarbeiter die Ablehnung des allgemeinen Ausstandes eracben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. August.

Geschichtskalender.

13. August.

- 1802 Nikolaus Lenau *
- 1816 Der Rechtslehrer Rudolf v. Gneiss in Berlin *
- 1822 Der italienische Bildhauer Canova †.

* Reichsverbandsschwindel und kein Ende.

Wir haben dieser Tage an Beispielen aus dem reichsverbandlichen Sündenregister gezeigt, mit welcher Gewaltlosigkeit der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie Anschuldigungen erhebt.

denen Vorfälle vorgekommen waren, verbrannt. Die Bewohner des vertriebenen Bezirks werden ärztlich streng überwacht.

Im Gouvernement Astrachan erkrankten am 8. und 9. d. M. an Cholera 77, es starben 22 Personen, davon in der Stadt Astrachan 46 bezw. 8. Im Gouvernement Saratow fanden am 7. August 18 Erkrankungen und 14 Todesfälle an Cholera statt. In der Stadt Saratow starben zwei Personen. In Jarisyn erkrankten am gleichen Tage 14 und starben 10. In Kozlow am Don erfolgten am 8. und 9. d. M. 21 Erkrankungen und 8 Todesfälle. Die aus Kasan gemeldete Erkrankung war, wie nunmehr festgestellt worden ist, nicht Cholera. An Choleraverdächtigen Erkrankungen wurden beobachtet in Wjatska eine, in Syzraw und Simbirsk je zwei.

Nach einer Meldung vom 9. d. M. sind in der Kiraischeppe von Astrachan keine neuen Vorfälle gemeldet worden. Im Gouvernement Astrachan sind am 10. August 36 Cholera-Erkrankungen und 26 Todesfälle vorgekommen.

In dem schweren Grabenunglück bei Saarbrücken wird noch folgendes gemeldet: Das schwere Grabenunglück, bei dem 13 Bergleute getötet wurden, hat sich Montag Abend auf der Grube Dudweiler ereignet. Ein Telegramm aus Saarbrücken meldet: Auf der Grube Dudweiler wurden durch Schlagwetter-Explosion dreizehn Mann getötet, 8 Mann schwer und 4 Mann leicht verletzt. Die Leichen sind geborgen. Die Verwundeten wurden im Lazarett untergebracht.

Das Grabenunglück ereignete sich Abends 11 Uhr auf der 3. Sohle des Westfeldes beim Schichtwechsel, als die Arbeiter auf dem Wege zur Ausfahrt waren. Die Ursache ist noch nicht sicher festgestellt; man nimmt an, daß sich ein Stein löste, wodurch ein sogenannter Bläser frei wurde, der sich an einer Lampe entzündete. Die Strecke ist auf 40 Meter Länge gesperrt. Die Rettungsmannschaft war von Abends 11 Uhr bis zum anderen Morgen 8 Uhr tätig. Nach Angabe des Grabenbureaus beträgt die Zahl der Leichter 4.

Ein Telegramm aus Saarbrücken meldet: Eine halbe Stunde vor Eintritt der Katastrophe hatte die gesamte Belegschaft noch gearbeitet. Von den Schwerverletzten dürfte keiner mehr aufkommen. Bei der Katastrophe handelte es sich um Kohlenstaub-Explosion, die bei Veranbarung der Nachmittagschicht eintrat. Die Bergung bet 18 Toten und der Verletzten nahm etwa 4 1/2 Stunden in Anspruch. Sie wurde vom Vorsitzenden der Saarbrücker Bergwerksdirektion Geh. Rat Gleff geleitet. Das Explosionsfeld befindet sich auf der 3. Sohle im Feld 15.

Ein furchtbares Familientragödie spielte sich in der Ortschaft Barend in Belgien ab. Ein junger Mann namens Kermans, der betrunken einen Wortwechsel mit seinen Eltern hatte, zog plötzlich sein Messer und drang auf seine Geschwister ein. Er übete durch zahlreich Stiche seinen Bruder und seine Schwester. Der Vater und eine andere Schwester liegen schwer verletzt darnieder. Der Mörder wurde bereits verhaftet und in das Gefängnis abgeführt.

Inzwischen sind vier weiteren Beschäftigten nachgegangen.

Gleich an der Spitze ihrer zweiten Akte schreibt die „Reichskorrespondenz“ Nr. 27: „Die Angehörigen des sozialdemokratischen Konsumvereins zu Danbeshut, die Mühlenhelfer Karl Klok, Richard Schuffig, Robert Matwald, erhielten je vier Monate Gefängnis, der Geschäftsführer des Konsumvereins, August Heintzel, ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Heintzel gab an vor Gericht, „er sei durch die miserabile Bezahlung zu der Unrechlichkeit veranlaßt worden; es seien auf die Arbeitsstunde ungefähr 14 Pfennig Lohn gekommen. Er habe das bittere Los eines Arbeitnehmers bei sozialdemokratischen Arbeitgebern kennen gelernt und wolle lieber wieder bei einem bürgerlichen Arbeitgeber sein Brot verdienen.“

Hierzu ist folgendes zu bemerken: Die vom Reichsverband herangezogene Angelegenheit spielte sich im November 1905 vor der Strafkammer zu Stralsberg ab. Von den Angeklagten waren Weber Klok, noch Schuffig, noch Matwald Angestellte des Konsumvereins; auch hatten sie mit der sozialdemokratischen Partei nichts zu tun. Sie kamen überhaupt mit organisierten Arbeitern nur dadurch in Berührung, daß sie für einen Mühlenbesitzer Mehl in den Konsumverein führten. Wahr ist nur, daß Heintzel Geschäftsführer des Konsumvereins war und nach Entdeckung seiner Straftaten im Mai 1905 entlassen wurde. Er erhielt bei etwa 800 Mark Warenumsatz anfangs 25 Mark, seit dem 1. Dezember 1904 30 Mark Gehalt die Woche. Das ist kein hoher Lohn, kann aber keinesfalls als unangemessene Bezahlung gelten, wenn man in Betracht zieht, daß der Durchschnittslohn eines Arbeiters in Danbeshut sich auf 12 Mark stellt. Den Lohn hatte er von 7 Uhr früh bis 9 Uhr Abends bei zweistündiger Mittagspause offen zu halten. Vor Gericht übte er darauf den in ähnlichen Fällen schon mehrfach probierten Kniff, sich als Opfer sozialdemokratischer Ausbeutung hinzustellen, mag es auch in ganz Deutschland keinen einzigen unter Verantwortung der sozialdemokratischen Partei stehenden Konsumverein geben. Daß der Gerichtshof diesem Kniff keine Bedeutung beilegte, zeigt die verhältnismäßig hohe Strafe, die gegen Heintzel ausgesprochen wurde.

Weiter nennt der Reichsverband in seiner Akte den Kassierer des sozialdemokratischen Verbandes der Bau- und Erdarbeiter zu Düsseldorf, der wegen gewöhnlicher Urkundenfälschung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. In diesem Falle kann man dem Reichsverband zuzurechnen: „Bitte! Ganz auf Ihrer Seite!“ Es handelt sich nämlich um einen gewissen W. K. Klaus, der im Mai 1904 nach Aufdeckung seiner Verfehlung flüchtig wurde und sein Verbrechen in den Augen der Reichsverbändler dadurch sühnte, daß er beim Hamburger Hafenarbeiterstreik eines der „dem Staat besonders nützlichen Elemente“ wurde. Auf dem Streikfeld wurde er krank. Seine Verhaftung erfolgte im Spital; im Mai 1907 wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im August vorigen Jahres erliefte ihn der Tod von seinen Leiden und Bewußtseins.

Ferner führt die Reichsverbandskorrespondenz in ihrem „sozialdemokratischen Sündenregister“ einen Johannes Heins an, den sie als Leiter des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter zu Radeburg bezeichnet. Er sei in Altona verhaftet worden. Als Quelle nennt sie die Wahlkorrespondenz des Reichsverbandes vom 5. Januar 1907, also sich selbst. Bei einiger Ueberlegung hätte die Reichsverbandskorrespondenz sich sagen sollen, daß eine Nachricht von dort her ohne weiteres Schwindel sein muß; und im vorliegenden Falle ist der Reinfall besonders drastisch.

Heins wurde in der Tat verhaftet, doch hatte die Festnahme weder mit sozialdemokratischen noch mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten irgend etwas zu tun. Es handelte sich um angebliche Verurteilungen, deren Heins sich in seiner Eigenschaft als Gemeindevote in Hinnstedten schuldig gemacht haben sollte. Er wurde jedoch im Dezember 1907 wieder auf freien Fuß gesetzt und bald darauf vom Gericht freigesprochen.

So schwindelt der Reichsverband, der sich in der „Kreuzzeitung“ kürzlich attestieren ließ, daß er „ehrlich und gewissenhaft“ das „schier überreiche“ Material prüfe, das „von allen Seiten beim Verbands einlaufe“. Der „Kampf für die heiligsten Güter“ bildet eben seltsame Begriffe an Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit.

* Schimpfende Dirsche. Bekanntlich ist Herr Strohsfeld ein sehr feinfühler Mann, der sich bisher immer sehr gern einmal beleidigt fühlt, insbesondere, wenn ihm die Wahrheit gesagt wurde. So sagte er ja auch die Bezeichnung als Streikbrecheragent als eine Beleidigung für sich auf, obwohl er schon Streikbrecher vermittelte hat. Er selbst aber nimmt sich heraus, seine Gegner im rüdesten Tone anzuzupeln und entschuldigend sich, wenn er deshalb einmal vor das Gericht zitiert wird, damit, daß er ein Sohn des Volkes sei, der es nicht versteht, sich so gebildet auszudrücken.

Gestern fanden wieder einmal zwei Klagen gegen ihn vor dem Breslauer Schöffengericht zur Verhandlung an, weil er den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Genossen Schlegel, in der sogenannten „Schleifischen Arbeiterzeitung“ in äußerst raktischer Weise beschimpft hatte. Den Hintergrund der beiden Prozesse bildete wieder der Streit bei der Firma Sudlich in Wagnitz und die Vermittelung von Arbeitsstellen an die Firma, die Strohsfeld vermittelte hatte. Genosse Schlegel hatte dann in Wagnitz die Gewerbetreibenden in einem Vortrage mit den Gehören auf eine Ernte gestellt und dadurch den Lohn des Strohsfelds erragt. Dieser hatte dann in dem genannten Gewerbetreibendenblatte zwei Artikel veröffentlicht und außerdem in Wagnitz ein Flugblatt herausgegeben, worin er mit bitterem Behagen Schimpfwort auf Schimpfwort gehäuft hatte. Insbesondere war Schlegel gegenüber behauptet worden, daß er die Forderungen über den Streik bei der Firma Sudlich verbrähe und das Geschäft über den Streikbruch nur annehme, um die eigene Dummheit zu maskieren. Wegen eines dieser Artikel war der frühere Redakteur Rechner von der erwiderten Zeitung und wegen des Flugblattes der Vorsitzende des Wagnitzer Gewerbetreibenden der Maschinenbau- und Metallarbeiter G. R. mit Anklage, der das Flugblatt mit unterschrieben hatte. Rechner war nicht erschienen, und konnte deshalb gestern gegen ihn nicht verhandelt werden.

Rechner war nicht erschienen, und konnte deshalb gestern gegen ihn nicht verhandelt werden.

Strohsfeld zu verhängen. Ein Mann, der sich selbst als unbedeutend feinfühlig zeigt, und aus jedem Anlaß auf das Herdicht läuft, dürfte sich am wenigsten herausnehmen, seine Gegner in so maßvoller und blumiger Weise zu beschimpfen, wie dies Strohsfeld zu tun pflegt. Die Absicht der Beleidigung liegt deutlich zutage, denn er habe nicht nur einmal ein etwas zu hartes Wort gebraucht, sondern mit breitem Behagen sei er immer wieder auf dieselbe Sache zurückgekommen, um auch jedesmal wieder ein plummes Schimpfwort anzuwenden.

Rechtsanwalt Weizmann als Verteidiger suchte Herrn Strohsfeld möglichst reinzuwaschen. Sein Mandant sei der Angegriffene gewesen. Dabei habe er arbeitslose Gewerbetreibende nicht etwa aus dem Grunde nach Wagnitz vermittelte, um dem Unternehmer einen Gefallen zu tun, auch nicht, um den Arbeitern zu schaden, sondern nur in freier Willkürleistung gegenüber den Interessenten seiner Organisation, deren Beizugsleiter er für den — Regierungsbereich (1) Breslau sei.

Das Urteil gegen Strohsfeld lautete gegen Strohsfeld in einem Falle auf fünfzig Mark und im anderen Falle auf fünf Mark Selbststrafe. Größer wurde ebenfalls zu fünf Mark Selbststrafe verurteilt.

Herr Weizmann dürfte Herrn Strohsfeld mit der Bezeichnung als „Bezugsleiter für den Regierungsbereich Breslau“ seinen guten Gefallen getan haben. Wir halten ihn bisher für den Leiter des Agitationsbezirks Breslau. Allerdings geben wir gern zu, daß Herr Strohsfeld das Zeug dazu hat, einen wichtig-pruchwürdigen Arbeiterführer vorzustellen.

* Gefinde oder Gewerbegehilfin. Es gibt Gewerbegehilfin, die immer noch nicht den Unterschied zwischen Gefinde und Gewerbegehilfin kennen. Die Mädchen werden auf vielerlei Weise anstandslos angestellt, sie erhalten Wirtsgeld und so glauben die Wirte, daß sie Dienstmädchen seien und der Gefindeordnung unterstehen, mit denen sie schalten und walten können, wie sie wollen, wenn sie die Dienststelle verlassen, durch die Polizei zurückgebracht werden können. Das trifft aber nur zu, wenn sie wirklich als Dienstmädchen im Haus der Wirtin als Dienste verrichten müssen, „Akte bekleiden“, Wäsche, Teller und das ganze Geschirre waschen, die Restaurationstische reinigen, in der Küche zusehen usw., dann sind sie nicht mehr Dienstmädchen im Sinne der Gefindeordnung, sondern Gewerbegehilfinen und unterstehen der Gewerbeordnung. Diesen steht nach der Gewerbeordnung nur eine vierzehntägige Kündigungsfrist zu. Bezugs der Untermieter in diesen Fällen sind schon viele Streitigkeiten entstanden und in den meisten Fällen stellte sich heraus, daß die Wirte der schuldige Teil waren. Wir haben es gegenwärtig mit einem Streitfall zu tun, der auf den besagten Gastwirt und seine Frau ein nicht gutes Licht wirft. Bei dem Gastwirt L. u. W. in Berlin, Berliner Chaussee, diente ein junges Mädchen 3 Monate. Es war gegen gewöhnliche Kündigungsfrist und die Wirtin glaubte, obwohl das Mädchen hauptsächlich in der Gastwirtschaft beschäftigt wurde, ein Gefinde vor sich zu haben. Das Mädchen soll mehrere Mal über den Urlaub ausgeblieben sein und dafür wurde sie mit den ordinären Schimpfungen, die gar nicht wiederzugeben sind, bestraft. Das Mädchen beklagte sich beim Vater und selbstverständlich betrat es den Ort nicht mehr mit einem Fuß. Darüber waren die Wirtin sehr aufgebracht, sie behielten die Arbeitspapiere und verlangten von der Polizei, daß es in die Stellung zurückgebracht werde. Erst 14 Tage später wurden die Papiere dem Mädchen zurückgegeben. Am 6. Juli e. ging das Mädchen ab; am 13. Juli übergab der Wirt die Papiere der Polizei, dort blieben sie bis zum 20. Juli; an diesem Tage wurde ein Schumann die Papiere und auch das Mädchen, weil es von der Polizei auch als Dienstmädchen betrachtet wurde, zu den Leuten zurück. Vor dem Gewerbegericht kam die Sache zum Austrage. Für die erste Woche, 6. bis 13. Juli, bezahlte Knappe eine Entschädigung von 840 M., für die zweite Woche er nicht zahlen, da ja am 13. die Papiere der Polizei abgegeben worden waren. Im Vortermin am 2. d. M. wurde der Klagerin erklärt, daß sie für die zweite Woche keine Ansprüche erheben könne, weil den Beklagten keine Schuld trübe, wenn sie die Papiere am 13. nicht erhalten habe. Der Vorsitzende, Herr Dr. P. in Vertretung des Dr. Dr. Dr. Dr., war gewiß der Meinung, daß der Beklagte berechtigt war, der Polizei die Papiere auszuliefern. Darin liegt jedoch ein Irrtum, die Polizei hat sich, wenn es sich um Gewerbegehilfen handelt, nicht einzumischen, der Beklagte war entschuldigt verpflichtet, die Papiere so fort dem Mädchen zurückzugeben, und da das nicht geschah, war er für die ganze Zeit entschuldigungspflichtig. Die Klagerin nahm den Anspruch für die zweite Woche zurück, weil sie sich nicht zu helfen mußte. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Klagerin in der Wirtschaft behilflich, also Gewerbegehilfin war, sonst wäre das Gewerbegericht auch nicht zuständig gewesen. Wir wollen hoffen, daß die Knappeligen Wirtin durch den Prozeß besser belehrt worden sind.

* Eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung, die am Sonntag im „Goldenen Repter“ stattfand, beschäftigte sich mit den neuesten Taten des Führers des gelben Brauereiarbeitervereins Engländer. Der starke Besuch der Versammlung bewies, welche große Interesse die Brauereiarbeiter Breslaus an den letzten Vorgängen haben. Gauleiter Klippel hatte das Referat übernommen. In zweifelhafte Ausprägungen lagte er den Anwesenden klar, wie der Bund sich immer mehr nach Rechts entwickelt hat, bis sich die ehrlich denkenden Kollegen absonderten und den heutigen Brauereiarbeiter-Verband gründeten. Von jeher war der Bund der Schleppenträger des Kapitals; seit er als Unternehmerratsgruppe aufgetreten. Würde er jedoch nicht von den Unternehmern durch Geschenke so reichlich unterstützt, so könnte er längst nicht mehr existieren. Die Brauereiarbeiter von Rheinland-Bestfalen zahlen jährlich 2000 M. für den Bund. Die Rheinländer fallen die selben dann ihren von bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Kollegen in den Rücken. So konnte Engländer von der Brauerei Gasse als Führer der fleißigen Bundesgehilfen es sich nicht verlagern, nach Wagnitz Strohsfelder zu vermittelten. Jetzt hat er nicht einmal den Mut, sein unabhängiges Tun einzugehen. Engländer und andere Vorstandsmitglieder waren schifflich, alle übrigen Bundesgehilfen durch Handzettel eingeladen. Mit Ausnahme ganz weniger fehlten sie sich in die Versammlung zu kommen und die Wahrheit zu hören. Ueber lassen sie sich von Engländer eine falsche Darstellung des Falles geben. Der aus 3400 Mitgliedern bestehende Bund, jetzt sich aus Brauereibestehern, Direktoren, Beamten und Ehrenmitgliedern zusammen, der keine Teil sind Brauer und davon die Mehrzahl auch nur dem auf sie ausgeübten Druck gehorchend, beizugehen. Wagnitz zählt 90 Mitglieder, davon 89 Ehrenmitglieder. So steht es im Bunde aus. Kann unter solchen Umständen das Interesse der Arbeiter gewahrt werden? Niemals.

In der Debatte verurteilte ein anwesender Bundesgehilfe das Vorgehen Engländer und wußte dafür Sorge zu tragen, daß ein Mitglied von uns bei der nächsten Bundesgehilfenversammlung anwesend sein kann. Ob sie den Mut haben werden, die Wahrheit zu hören? Mit einem Appell an die Kollegen, sich immer enger zusammenzuschließen, Abkomst der „Vollmacht“ zu werden und sich der Partei anzuschließen, wurde die wichtige Versammlung geschlossen.

* Brauereiarbeiter mit einem elektrischen Fernbus in Breslau. Die erste Probefahrt des elektrischen Fernbuses des Pfendachbetriebes Wagnitz, der in den Werkstätten des Pfendachbetriebes während der letzten Tage von der allgemeinen Elektrifizierungsgesellschaft des Reichs fertig montiert und gefüllt worden ist, fand am Dienstag Vormittag statt. Die Fahrt wurde auf der 7 Kilometer langen Deschampsstraße (Breslau-Garnstadt) — Wagnitz (Hinter Hofjörden) mit der Regimant-Gesellschaft von 50 Kilometer in der Stunde angefaßt.

Der Zug besteht aus zwei Wagen, die durch einen elektrischen Antrieb verbunden sind, und von denen der eine durch die braune Farbe des unteren Teils des Wagenkastens als 3. Klasse, der andere durch entsprechende Farbenanstrich als vierte Klasse bezeichnet wird, und in dem der Pfendach Betrieb Breslau Wagnitz Gesellschaft ist.

Wenn wir ein Glas Wein er die lange Strecke, ...

Ein gut gekochtes Fleisch hat einen angenehmen Geschmack, ...

Da jetzt das Ende ein mal nach der Stadt zu kommen: ...

Wenn an der Straße aber Tag Philipp's Geburtstag, ...

Wenn man die Erde aufschneidet, sieht man, ...

— Man möge nicht, ... (Eigentlich folgt.)

Der Bekanntheitsverlust des Grafen Zeppelein im Juli 1870.

Seit ich der Name des hüttenberühmten Grafen Zeppelein ...

Die Erbschaft der Wälder und so ...

Die fangvolle Welt der selbstigen ...

Die Erbschaft der Wälder ...

Die fangvolle Welt der selbstigen ...